

Bevölkerungsschutz



Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

1 | 2005



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

noch immer weiß niemand, wie viele Menschen in den Flutwellen vom 26. Dezember ums Leben gekommen sind. Bislang wird von rund 280.000 Toten ausgegangen.

Sehr viele Mitbürger trauern um tote und vermisste Angehörige und Freunde. Groß ist die Zahl derer, die durch den Verlust eines geliebten Menschen oder durch die Erlebnisse im Katastrophengebiet seelischen Schaden erlitten haben.

Die Tsunami-Katastrophe hat uns sehr drastisch vor Augen geführt, wie verletzlich der Mensch ist und wie empfindlich und anfällig sonst gut funktionierende Infrastrukturen sind. Und – wie entscheidend wichtig ein gut aufgestelltes Bevölkerungsschutzsystem für die Bewältigung der Folgen ist.

Die Katastrophe am Indischen Ozean hat aber auch beeindruckende Prozesse der Hilfsbereitschaft in Gang gesetzt. Nicht nur, aber ganz besonders auch in Deutschland. Trotz des Chaos und der schwierigen Informationslage waren bereits einen Tag nach dem Ereignis Helfer des THW und der deutschen Hilfsorganisationen im Katastrophengebiet tätig. (S. 9). Besonders der Umfang der weltweiten Hilfsangebote und

die den betroffenen Nationen entgegengebrachte Solidarität versehen den Begriff „Globalisierung“ mit einer neuen Facette.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sind noch Wochen nach dem Eintritt der Katastrophe rund um die Uhr im Einsatz. Bei der Bewältigung dieser Krise füllte das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) die ihm zugedachte Schlüsselfunktion bei der Informationsvernetzung sehr gut aus. Einen großartigen Beitrag in der Betreuung von Rat und Hilfe suchenden Mitbürgern leistet bis heute die Koordinierungsstelle NOAH des BBK. Lesen Sie hierzu auch den Beitrag auf Seite 5.

Liebe Leserinnen und Leser, obwohl die Ereignisse in Südostasien breiten Raum in dieser Ausgabe einnehmen, haben wir wieder ein Heft mit abwechslungsreichen Themen für Sie zusammengestellt.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr Redaktionsteam

Mit der feierlichen Amtseinführung des neuen Präsidenten Christoph Unger durch den Bundesminister des Innern, Otto Schily, ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Etablierung des neuen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe getan (Bericht S. 2 ff.).

(Foto: BBK)



NACHRICHTEN

Rundblick 51

BBK

Festakt für den ersten Präsidenten
Bundesinnenminister Otto Schily
führt Christoph Unger offiziell in sein Amt ein 2

KRISENMANAGEMENT

Nach der Flutwelle
„Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von
Bund und Ländern“ (GMLZ) und Koordinierungsstelle
„Nachsorge, Opfer und Angehörigenhilfe“ (NOAH)
meistern schwierige Aufgaben 5

KATASTROPHENHILFE

Technische Hilfe weltweit
Nach der Flutkatastrophe in Südostasien sind
die Spezialisten des THW an drei
Schadensschwerpunkten im Einsatz 9

EINSATZPRAXIS

Schwieriger Einsatz: Busunfall
Hamburger Feuerwehr
demonstriert Theorie und Praxis 14

TECHNIK

Ergänzender Katastrophenschutz,
Technik und Ausstattung
Das Zentrum der „klassischen“ Zivilschutzaufgaben
auf dem Weg in die Zukunft 17

AUSBILDUNG

ABC-Erkundungsübung
Dritte überregionale Übung im Landkreis München 23

FORSCHUNG

Fachinformationsstelle 27

NOTFALLVORSORGE

Risikomanagement mit der Maus
Interaktive Gefahrenkarte für
vorbeugenden Hochwasserschutz in Köln 31

NOTFALLMEDIZIN

Notfälle mit Kindern
Unfälle, die Kindern zustoßen,
besitzen eine eigene Dynamik 33

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund 34

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 36

Deutsche
Lebens-Rettungs-Gesellschaft 39

Deutscher Feuerwehrverband 41

Deutsches Rotes Kreuz 43

Johanniter-Unfall-Hilfe 46

Malteser Hilfsdienst 47

Verband der
Arbeitsgemeinschaften der Helfer
in den Regieeinheiten/-einrichtungen
des Katastrophenschutzes in der
Bundesrepublik Deutschland e.V. 49

RUBRIKEN

Medien 53

Jahresregister 2004 54

Termine 56

Impressum 56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland 57

Festakt für den ersten Präsidenten

Bundesinnenminister Otto Schily führt Christoph Unger offiziell in sein Amt ein

Von Nikolaus Stein

Bundesinnenminister Otto Schily hat am 17. Januar 2005 in Bonn den ersten Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit einem Festakt offiziell in sein Amt einge-

gen im Ministerium für Inneres und Sport in Niedersachsen.

Im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland konnte Vizepräsident Rudolf L. Atzbach zahlreiche Gäste und Mitarbeiter des BBK begrüßen.

In seiner Ansprache würdigte Bundesinnenminister Schily den Einsatz der Mitarbeiter des neugeschaffenen BBK bei der Bewältigung der Flutkatastrophe in Südasien und hob dabei besonders die Leistungen der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigen-Hilfe (NOAH) hervor. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NOAH hätten nicht nur den rückkehrenden Urlaubern, ihren Angehörigen und den Hinterbliebenen der Flutkatastrophe rund um die Uhr psychosoziale Hilfe geleistet und Krisen-



Der Bundesminister des Innern, Otto Schily, im Gespräch mit dem neuen Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger.

führt. Der 46-jährige Christoph Unger war zuvor Referatsleiter für Katastrophenschutz und gleichzeitig Leiter des Kompetenzzentrums für Großschadensla-

nterventionsteams und Notfallseelsorger vermittelt, sondern müssten sich auch darauf einstellen, in den kommenden Wochen diese Arbeit fortzuführen, da

die traumatischen Erlebnisse viele Betroffene erst viel später einholten, was im Übrigen auch für zurückgekehrte Einsatzkräfte gelte, denen NOAH „Hilfe für Helfer“ vermittelt.

Auch das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) habe seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt (s. auch Bericht S. 5 ff).

Vom BBK erwartet Schily, dass es sich als Netzknoten und Dienstleistungszentrum des Bundes für die Behörden aller Verwaltungsebenen sowie für die im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen und Institutionen versteht. Dazu müsse das Amt die Aktivitäten und Beiträge des Bundes zu der mit den Ländern vereinbarten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ bündeln.

Die Ausführungen von Minister Schily, der Bevölkerungsschutz sei eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, erweiterte Christoph Unger in seiner Rede noch und ergänzte, der Schutz seiner Bevölkerung verleihe dem Staat erst Legitimität und Rechtfertigung; der daraus resultierenden Verantwortung sei er sich bewusst. Die politische Leitlinie des BBK zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags sei die „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“. Unger weiter: „Wir sind dabei, hieraus konkrete Aufgabenstellungen und deren

Lösungen zu erarbeiten, angefangen vom Kulturgutschutz oder dem Schutzraumbau bis hin zur Katastrophenmedizin oder der jetzt vorzunehmenden



Bundesinnenminister Otto Schily äußerte hohe Erwartungen an das BBK und seinen neuen Präsidenten:

Auswertung der von den Ländern vorgelegten Gefährdungsabschätzungen. Wir müssen gleichzeitig nachhaltig angelegte Strategien entwickeln, Impulse für den Bevölkerungsschutz der Zukunft, national und international, geben, z. B. anlässlich unserer



Zahlreiche Gäste wohnten dem Festakt im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bei.

Anrainerstaaten-Konferenz im Mai. Wir werden im Gegensatz zu anderen Verwaltungsbehörden operativ tätig, wie die letzten Wochen gezeigt haben: Krisenmanagement lässt sich aber nicht in den Strukturen und Abläufen einer solchen Verwaltungsbehörde gestalten. Darauf müssen wir uns organisatorisch einstellen. Noch wichtiger ist, dass wir auch ein entsprechendes Selbstverständnis entwickeln. Gemein-

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hans-Peter Kröger, überbrachte die Glückwünsche der deutschen Feuerwehren zur Amtseinführung und bezeichnete die Errichtung des BBK als richtige Maßnahme der Bundesregierung im Sinne eines neuen und zeitgemäßen Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Dem neuen Präsidenten bot Kröger für sein nicht leichtes Amt Unterstüt-

zung an: „Auf die Feuerwehren können Sie zählen.“

Auch Dr. Horst Schöttler (JUH), der Grüße und Glückwünsche der Hilfsorganisationen überbrachte, bot dem BBK und seinem Präsidenten eine gedeihliche Zusammenarbeit an.

Für die Mitarbeiter des BBK verband der Vorsitzende des Personrates, Dieter Franke, zwei Hoffnungen mit der Amtseinführung: „Nach außen hin erwarten wir ein Sprachrohr; ein Sprachrohr, das Bevölkerungsschutz und



Beifall gab es für die programmatische Rede des neuen Präsidenten.

(Fotos: BBK)

sam haben wir aber ein Leitbild: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als das nationale Kompetenzzentrum für den Bevölkerungsschutz in Deutschland!“

Der Innenminister von Baden-Württemberg, Heribert Rech, derzeit Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), bezeichnete in seinem Grußwort die Amtseinführung des Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und die vorangegangene Errichtung des Amtes als weiteren wichtigen Schritt zur Stärkung und Verbesserung der Sicherheitsstrukturen im Bereich der staatlichen Notfallvorsorge. Rech versicherte, die Hand der Länder zur Zusammenarbeit mit dem BBK sei weit ausgestreckt und verwies in diesem Zusammenhang auf die Entscheidung des Arbeitskreises V der IMK, den Präsidenten des BBK als ständigen Gast zu den Sitzungen des Arbeitskreises einzuladen.

Katastrophenhilfe als tagtägliche Selbstverständlichkeiten in das politische und in das öffentliche Bewusstsein hinein trägt.

Für das innere Gefüge des neuen Amtes, Herr Präsident, wird es eine primäre Aufgabe sein, dieses einzigartige Konglomerat von Wissenschaft und Ausbildung, von Verwaltung und Technik zu verschmelzen mit dem Ziel, Dienstleister zu sein. Dienstleister für die Länder, für die Kreise, für die Gemeinden, kurz: Dienstleister für die Bevölkerung.“

Nach der Flutwelle

„Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern“ (GMLZ) und Koordinierungsstelle „Nachsorge, Opfer und Angehörigenhilfe“ (NOAH) meistern schwierige Aufgaben

Von Andreas Hermens, BBK

Während in den frühen Morgenstunden des 26. Dezember 2004 eine Flutwelle weite Küstenregionen des Indischen Ozeans in Trümmerlandschaften verwandelt und eine noch nicht erfasste Anzahl von Menschen in den Tod reißt, schlummern die Menschen in Europa in den zweiten Weihnachtsfeiertag. Schnell jedoch wird die Notwendigkeit umfänglicher Maßnahmen klar; Mitarbeiter der betroffenen Minis-



Ein Bild der Verwüstung: Banda Aceh in Indonesien.
(Foto: Regina Villavicencio/JUH)

terien und Behörden, der Feuerwehren und Hilfsorganisationen brechen ihren Urlaub ab und melden sich zum Dienst.

Andreas Hermens, stellv. Leiter des GMLZ, hat eine Chronologie der ersten Tage erstellt:

Sonntag, 26. Dezember 2004

ab 02:00 Uhr: Die Rufbereitschaft des GMLZ erhält mehrere SMS über schwere Erdbeben im indischen Ozean. Der diensthabende Mitarbeiter überwacht alle verfügbaren Medien, um weitere Informationen zu sammeln. Es liegen aber noch keine Meldungen über das Ausmaß der Schäden vor.

08:00 Uhr: Das Lagezentrum BMI informiert die Rufbereitschaft des GMLZ über ein erhebliches Medienecho. In ersten Pressemitteilungen ist von Toten die Rede. Es erfolgt eine interne Abstimmung innerhalb der Leitung des BBK.

10:00 Uhr: Der erste „Request for Assistance“ der EU trifft ein, Sri Lanka hat um internationale Hilfe gebeten. Die Rufbereitschaft des GMLZ wird darüber informiert und informiert ihrerseits die Hausleitung. Kontaktaufnahme mit dem THW.

10:30 Uhr: Das Auswärtige Amt (AA) informiert NOAH über mögliche deutsche Todesopfer.

10:45 Uhr: Nach Absprache innerhalb der Leitung des BBK wird entschieden, das GMLZ zu besetzen. Neben der Rufbereitschaft werden zwei weitere Mitarbeiter alarmiert

11:30 Uhr: Das GMLZ ist besetzt, ständige Sammlung von Informationen, Absprachen mit dem BMI und dem AA

13:00 Uhr: Eine erste Anfrage erreicht die NOAH-Hotline, jemand vermisst einen Angehörigen. Im Laufe des Nachmittags treffen bei NOAH zahlreiche Unterstützungsangebote von externen Betreuern ein.

13:40 Uhr: Eine Sofortlagemeldung des GMLZ informiert alle im (vorher festgelegten Verteiler

aufgeführten) relevanten Behörden und Organisationen über das Ereignis. Dieser Verteiler wird auch für alle späteren Lagemeldungen verwendet.

13:54 Uhr: Eine erste Antwort Deutschlands auf den EU-Request wird an die EU übermittelt.

ab 14:00 Uhr: weitere Sammlung aller verfügbaren Informationen

17:35 Uhr: Eine erste Lagemeldung des GMLZ zum Schadensereignis wird an den o.g. Verteiler verschickt. Weitere Lagemeldungen folgen seitdem mindestens einmal täglich. Ein THW-Team soll noch am Abend in die Region abfliegen, um Hilfsmaßnahmen zu evaluieren.



Regelmäßige Lagebesprechungen sichern den Informationsfluss und ermöglichen effizientes Krisenmanagement.

18:00 Uhr: Da keine weiteren Meldungen über den Umfang der Schäden und erforderliche Hilfeleistungen vorliegen, geht das GMLZ wieder in Rufbereitschaft über. Bei Bedarf kann der Regelbetrieb innerhalb von ca. 30 Minuten wieder aufgenommen werden.

Montag, 27. Dezember 2004

07:30 Uhr: Nach der Aufnahme des Regelbetriebes im GMLZ verdichten sich im Laufe des Vormittags die Informationen, dass eine große Anzahl von Menschen betroffen ist, unter ihnen

deutsche und andere europäische Staatsangehörige. Die Koordinierungsstelle NOAH wird in den regelmäßigen Informationsfluss verstärkt eingebunden.

ab 08:00 Uhr: In Zusammenarbeit mit dem AA, dem BMI und dem MIC werden mögliche Deutsche Hilfsmaßnahmen geplant.

Den ganzen Tag über werden alle verfügbaren Informationen gesammelt und zusammengestellt, u.a. von der EU und aus den Medien

12:52 Uhr: DPA meldet erstmals: „Drei Deutsche unter den Todesopfern“.

15:37 Uhr: DPA meldet „zahlreiche europäische Touristen bei Flut getötet“.

15:55 Uhr: AP meldet: „Zahl der Flutopfer steigt auf 30.000“.

18:30 Uhr: Da aufgrund weiter fehlender Informationen keine konkreten Maßnahmen veranlasst werden können, geht das GMLZ wieder in Rufbereitschaft über. Der Regelbetrieb kann innerhalb von ca. 30 Minuten wieder aufgenommen werden.

Dienstag, 28. Dezember 2004

ab 07:30 Uhr: Im Laufe des Vormittags verdichten sich die Informationen über das Ausmaß der Schäden. Erste Lagemeldungen von THW und anderen Helfern vor Ort bestätigen dies. Auch die Koordinierungsstelle NOAH ist weiter aktiv.

ab 10:00 Uhr: Es wird entschieden, das GMLZ ab sofort 24 Stunden täglich zu besetzen. Ein besonderer Schichtplan wird erstellt, dienstfreies Personal wird aus dem Urlaub zurückgeholt.

ab 12:00 Uhr: Informationen über immer mehr betroffene Länder treffen ein.

14:02 Uhr: AFP meldet: „Größte Hilfsaktion der Geschichte in Südasien angelaufen“.

15:12 Uhr: AFP meldet: „Zahl von 55.000 Todesopfern durch Flut überschritten“.

16:00 Uhr: Das AA beauftragt NOAH mit der Organisation der Betreuung von aus dem Krisengebiet zurückkehrenden Urlaubern an den Flughäfen Frankfurt/Main und München

16:12 Uhr: verschiedene Medienmeldungen über Patientenlisten aus thailändischen Kliniken sowie „Tote und Verletzte in vielen Ländern“

16:15 Uhr: Absprache von NOAH mit einem Kriseninterventionsteam, dass im Auftrag des AA

noch am Abend nach Phuket fliegen soll. Den ganzen Tag über werden weitere Hilfsmaßnahmen geplant und bereits angelaufene erfasst.

18:45 Uhr: Die NOAH-Hotline wird durch externe Kräfte verstärkt

ab 23:00 Uhr: Die ganze Nacht gehen weitere Informationen ein

Mittwoch, 29. Dezember 2004

00:31 Uhr: Meldungen zu zurückkehrenden Passagieren treffen ein, die Aktivitäten von NOAH werden verstärkt, die Erfassung von Namen beginnt.

ab 07:00 Uhr: Weitere Hilfsersuchen verschiedener Länder treffen über MIC ein und werden zur weiteren Bearbeitung an das AA übermittelt, das die Koordination der Hilfsmaßnahmen übernommen hat. Alle Informationen werden ausgewertet.

16:36 Uhr: Erste Satellitenbilder aus dem Schadensgebiet zeigen das Ausmaß der Katastrophe. Die Meldungen und Informationen von Behörden, Hilfsorganisationen, Reiseveranstaltern und Medien nehmen sprunghaft zu. Insgesamt werden an diesem Tag fast 160 verschiedene Meldungen, mit z.T. bis zu 20 Seiten erfasst, ausgewertet und weiterverarbeitet

18:00 Uhr: In einer Telefonkonferenz tauschen alle eingesetzten deutschen Organisationen ihren Sachstand untereinander aus und besprechen weitere Maßnahmen. Diese Telefonkonferenz wird bis auf weiteres alle zwei Tage stattfinden.

Donnerstag, 30. Dezember 2004

ab 00:00 Uhr: In der Nacht ereignen sich (wie auch an den Vortagen) in der betroffenen Region weitere Nachbeben. Über zusätzliche Schäden ist zunächst nichts bekannt.

ab 08:00 Uhr: Den ganzen Tag über wird, in Kontakt mit verschiedenen Hilfsorganisationen, dem BMI und dem AA, die Lage verfolgt, Informationen werden zusammengestellt und zeitnah aufbereitet und weitergegeben.

Zunehmend treffen auch Hilfsangebote von Privatpersonen ein, diese werden an die Hilfsorganisationen und das AA weitergeleitet.

Die Anrufe bei NOAH nehmen sprunghaft zu.

Freitag, 31. Dezember 2004

- Aus der Sicht des GMLZ stabilisiert sich die Lage. Die Hilfsmaßnahmen sind angelaufen und werden fortgesetzt. Die Zahl der Toten steigt weiter an, wenn es auch unterschiedliche Quellen gibt. Noch immer werden zahlreiche Menschen vermisst. Weiter werden alle Informationen ausgewertet und für den täglichen Lagebericht zusam-



Nur im Schichtbetrieb konnten die NOAH-Mitarbeiter die Vielzahl der Anfragen bearbeiten.

mengestellt. Das GMLZ-Personal unterstützt die NOAH-Hotline.

NOAH übernimmt, in Kooperation mit dem Bundesministerium der Justiz, die Entgegennahme und Weiterleitung von im Zusammenhang mit der Lage stehenden juristischen Fragestellungen an eine extra eingerichtete Fachabteilung.

23:00 Uhr: Das GMLZ geht wieder in Rufbereitschaft über. Bis auf weiteres wird eine Besetzung von 06:30 Uhr bis 23:00 Uhr im Zweischichtbetrieb sichergestellt.

Samstag, 1. Januar 2005

06:30 Uhr: Ab sofort wird das GMLZ und NOAH von Feuerwehrkräften des so genannten „Mobilen Führungsunterstützungsstabes (MoFüSt) Rheinland NRW“ unterstützt. Diese mobilen Führungs-

unterstützungsstäbe wurden vor allem vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus den Terroranschlägen in den USA im Jahr 2001 und aus der Hochwasserkatastrophe an der Elbe im Jahr 2002 als notwendig und sinnvoll erachtet.

13:31 Uhr: Im Krisengebiet werden Chlortabletten zur Trinkwasserdesinfektion benötigt. Aus Beständen des Bundes werden diese zur Verfügung gestellt und per Flugzeug auf den Weg nach Süd-asien gebracht.

NOAH übernimmt nun auch den Erstkontakt zu Betroffenen, die den finanziellen Überbrückungsfond der Bundesregierung in Anspruch nehmen wollen. Die Meldungen werden an das BVA zur Bearbeitung weitergeleitet



Tatkräftige Unterstützung erhielt NOAH durch die nordrhein-westfälischen Feuerwehren, die zusätzliches Personal bereitstellten.
(Fotos: Stein/BBK)

22:51 Uhr: Erste Meldungen über Choleraausbrüche im Krisengebiet. Diese werden glücklicherweise nicht bestätigt.

Sonntag, 2. Januar 2005

ab 06:30 Uhr: Weitere Hilfsersuchen der EU treffen ein und werden bearbeitet, damit die angeforderten Hilfen geleistet werden können

13:00 Uhr: Am Mittag findet die (inzwischen dritte) Telefonkonferenz der beteiligten Hilfsorganisationen statt.

Der Einsatzschwerpunkt verlagert sich immer mehr auf die NOAH-Hotline und auf die Betreuung der Deutschen Flutopfer und Ihrer Angehörigen.

ab Montag, 3. Januar 2005

Inzwischen wird in den Medien von offiziell „weit über tausend Vermissten“ gesprochen. Das GMLZ vermittelt weiter die verschiedenen Anfragen und wertet Informationen aus, um die Beteiligten aktuell zu informieren.

Das GMLZ kommt weiter seiner Hauptaufgabe, der Sicherstellung eines einheitlichen Informationsstandes aller Behörden und Organisationen über die jeweils aktuelle Lage sowie die eingeleiteten Aktivitäten und Maßnahmen zur Gefahren- und Schadensabwehr in den Einsatzgebieten nach. Eingebunden in den Informationsfluss ist auch die Koordinierungsstelle NOAH. Außerdem ist das GMLZ bei der nationalen und internationalen Vermittlung von Engpassressourcen für den Einsatz in den Katastrophengebieten tätig. Diese werden in den täglichen Lagemeldungen zusammengefasst.

Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden im GMLZ bis zum 12. Januar über 1500 Mails, davon in der Spitze fast 30 innerhalb einer Stunde und mehrere hundert Gesprächsnotizen verarbeitet. Bis auf weiteres wird das GMLZ auch an den Wochenenden besetzt sein, um seiner Aufgabe in dieser besonderen Situation gerecht zu werden. Bei der NOAH-Hotline wurden über 9.000 Anrufe registriert, 28.000 aus dem Krisengebiet zurückkehrende Passagiere wurden erfasst. Zahlreichen Anrufern konnte ein wohnortnahes Betreuungsangebot vermittelt werden.

Die Aktivitäten von GMLZ und NOAH im Zusammenhang mit der Katastrophe in Süd-asien dauern an.

Technische Hilfe weltweit

Nach der Flutkatastrophe in Südostasien sind die Spezialisten des THW an drei Schadensschwerpunkten im Einsatz

Von Ewald Nagel und Nicolas Hefner

Es zog wohl eine der schwersten Naturkatastrophen der Neuzeit nach sich – das Seebeben, das am zweiten Weihnachtstag mit einer Stärke von 8,9 auf der Richterskala vor der Küste Sumatras den Grund des Meeres erschütterte. Die folgende Flutwelle richtete in weiten Teilen Südostasiens verheerende Schäden an und hinterließ Verwüstungen unbeschreiblichen Ausmaßes. Seit dem 26. Dezember ist das THW im Auftrag des Bundesinnenministeriums und auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes ununterbrochen im Einsatz und leistet humanitäre Soforthilfe. Das Engagement der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk konzentriert sich derzeit auf die Provinz Banda Aceh in Indonesien und die Insel Sri Lanka. Aber auch in der Republik Malediven und in Thailand leisteten die Helferinnen und Helfer wertvolle Hilfe.

Das Aufgabenspektrum für die rund 100 ehrenamtlichen THW-Einsatzkräfte vor Ort umfasst die Trinkwasseraufbereitung, die Wasserverteilung an die Bevölkerung sowie die Instandsetzung von Brunnenanlagen und die Reparatur zerstörter Infrastruktur. Besonders im Focus der Spezialisten aus Deutschland sind dabei auch Krankenhäuser und Schulen.

Koordinierung in den Stäben der Vereinten Nationen

In den lokalen Einsatzstäben der Vereinten Nationen, der deutschen Botschaften sowie der Europäischen Union unterstützten Experten des THW die Koordination der internationalen Zusammenarbeit: Sie wurden zu Beginn der Einsätze unter anderem als Mitglieder des Katastrophenevaluierungsteams der Vereinten Nationen UNDAC (United Nations Disaster Assessment Center) in Indonesien und auf den Seychellen eingesetzt. Auf den Malediven fun-



Die Flutwelle richtete verheerende Schäden an und hinterließ Verwüstungen unbeschreiblichen Ausmaßes. Das obige Foto entstand in Sri Lanka. (Foto: Florian Weber)

gierte ein THW-Spezialist als EU-Koordinator. In Jakarta unterstützt ein THW-Logistik-Experte das Logistikzentrum der Vereinten Nationen UNJLC (UN Joint Logistics Cell). Ihr Aufgabengebiet ist die orga-

Infrastruktur im Schadensgebiet ist zu großen Teilen nicht mehr existent. Rund 100.000 Menschen sind dadurch von der Versorgung abgeschnitten. Unmittelbar nach dem Eingang des internationalen Hilfs-

suchens der indonesischen Regierung entsandte Bundesinnenminister Otto Schily THW-Erkundungsteams nach Medan und Banda Aceh. Sie haben konkrete Hilfsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung erarbeitet und koordinieren seit dem 30. Dezember den Einsatz des THW vor Ort.

Seit dem 9. Januar hilft das THW im Auftrag des Bundesinnenministeriums und auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes in der indonesischen Stadt Banda Aceh. Mit sieben Trinkwasseraufbereitungsanlagen (TWA) und einer täglichen Gesamtkapazität von rund 500.000 Litern wird die Wasserversorgung für etwa 80.000 Menschen sichergestellt.



Faltbarer Rohwasserbehälter einer TWA (Trinkwasser-Aufbereitungsanlage).

(Foto: Florian Weber)

nisationsübergreifende Zusammenarbeit, die Schadensbeurteilung sowie die Erkundung weiterer Hilfsmaßnahmen. Damit erweist sich das THW erneut als kompetenter Partner im weltweiten Geflecht der humanitären Hilfe.

Wiederaufbau in Indonesien

Das Hauptaugenmerk der internationalen Hilfe konzentriert sich derzeit auf Indonesien. Die Provinz Banda Aceh ist laut Angaben der Vereinten Nationen von der Flutkatastrophe am stärksten betroffen: Das Epizentrum des Seebebens lag nur wenige Kilometer vor der Küste Sumatras. Es war eines der schwersten je verzeichneten Beben überhaupt. Zehntausende Häuser wurden niedergerissen und die

Neben dem „General Hospital“ ist das THW an zwei weiteren Standorten im Einsatz. Am örtlichen Wasserwerk sind drei Trinkwasseraufbereitungs- und zwei Umkehrosmoseanlagen in Betrieb. Von dort aus erfolgt auch die Verteilung des Trinkwassers an die Stadtbevölkerung. In Seulimum, etwa 40 Kilometer südöstlich von Banda Aceh gelegen, werden außerdem täglich etwa 3.000 Flutflüchtlinge mit Wasser versorgt. Neben der Trinkwasseraufbereitung unterstützt das THW in der Provinz Banda Aceh die örtlichen Behörden beim Wiederaufbau lebensnotwendiger Infrastruktur und trägt damit zu einer weiteren Entspannung der Lage bei.

Unterdessen laufen in der Katastrophenregion auch die ersten THW-Projekte an. Der Deutsche Fußballbund (DFB) unterstützt mit einer Million Euro die bauliche Instandsetzung des zentralen Kranken-

hauses in Banda Aceh (General Hospital) durch das THW. In den vergangenen Tagen wurden dort gemeinsam mit Angehörigen der australischen Armee bereits Teile der Infrastruktur wiederhergestellt und sowohl die Kinderintensivstation als auch die Intensivstation an die Wasserversorgung angeschlossen.

Das „General Hospital“ ist mit einer Kapazität von 400 Betten das größte öffentliche Krankenhaus im Umkreis mehrerer hundert Kilometer und stellte vor der Katastrophe die medizinische Versorgung von rund einer Million Menschen sicher. Eine angeschlossene Reha-Klinik mit physiotherapeutischen Einrichtungen sowie eine Transplantationsklinik machten das „General Hospital“ ehemals zum modernsten Krankenhaus im Norden Sumatras.

Zurzeit sind die Spezialisten damit beschäftigt, weitere Einsatzoptionen für das THW zu bestimmen. So sind aktuellen Meldungen zufolge gezielte Maßnahmen zur Instandsetzung der Infrastruktur denkbar. In den vergangenen Tagen hat das THW z.B. die örtlichen Behörden bei der Reparatur von Leckagen im örtlichen Wasserwerk unterstützt. Ein nachhaltiger Erfolg wäre die maßgebliche Verbesserung der gesamten Wasserversorgung und -qualität in der Provinz Banda Aceh, die laut offizieller Angaben bereits vor der Katastrophe unzureichend war. Auch hierzu hat das THW die notwendige Ausrüstung; mit mobilen Wasserlabors werden die größten Missstände aufgedeckt und können gezielt bekämpft werden.

Trinkwasser im Rahmen des EU-Mechanismus

Nach Einschätzungen der Vereinten Nationen gehören auch die Malediven zu den von der Flutkatastrophe stark betroffenen Gebieten. Bereits vor der

Katastrophe stand die Trinkwasserversorgung der Inselatolle auf „wackeligen Beinen“. Die Brunnen auf den unzähligen Inseln lieferten nur Wasser, das bestenfalls zum Duschen geeignet war. Durch die Flutwelle wurden jetzt zusätzlich die lebensnotwendigen Regenwasserzisternen zerstört.

Auf der Inselrepublik ist seit dem 1. Januar im Auftrag der Europäischen Union ein Trinkwasser-Expertenteam im Einsatz. Vier Trinkwasseraufbereitungsanlagen mit einer täglichen Gesamtkapazität



UN-Generalsekretär Kofi Annan besucht die THW-Einsatzstelle.

(Foto: THW)

von rund 40.000 Litern sind auf den Atollen Meemu und Thaa in Betrieb.

Der besonderen Versorgungslage vor Ort begegnet das THW mit spezieller Aufbereitungstechnik. Die eingesetzten Anlagen arbeiten nach dem Prinzip der Umkehrosmose und sind in der Lage, Meerwasser zu entsalzen. Die Poren ihrer Membranfilter sind so fein, dass unter hohem Druck nur Wassermoleküle passieren können. Auf diese Weise werden Salze, Bakterien, Viren, Kalk, Schwermetalle und Pestizide sicher zurückgehalten. Eine solche Anlage kann bis zu 1.600 Liter Reinwasser in der Stunde produzieren. So werden insgesamt rund 4.500 Menschen mit Wasser versorgt. Die Verteilung des Wassers erfolgt mit Booten auch auf die umliegenden Inseln.

Außerdem haben Experten des THW zerstörte Regenwasserzisternen repariert und rund 70 Brauchwasserbrunnen wieder nutzbar gemacht. Um den nachhaltigen Erfolg dieser Maßnahmen zu gewährleisten, bildet das THW nun vor Ort einheimische



Das erste SEEWA-Team des THW war bereits drei Tage nach der Katastrophe vor Ort. (Foto: Florian Weber)

Kräfte aus. Sie sollen in nächster Zeit weitere Brunnen instand setzen. Außerdem werden sie im Umgang mit Trinkwasseraufbereitungsanlagen geschult.

Ein ehrenamtlicher THW-Spezialist war bis 10. Januar im Rahmen des EU-Gemeinschaftsverfahrens als Koordinator für die europäische Hilfe in Male, der Hauptstadt der Malediven, tätig. Dieser so genannte EU-Mechanismus ist als integriertes europäisches Hilfeleistungssystem konzipiert, das im Katastrophenfall sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen der Union schnell und unbürokratisch Unterstützung bieten kann.

Die Arbeit der ehrenamtlichen Experten vor Ort hat hohe internationale Anerkennung gefunden.

UN-Generalsekretär Kofi Annan überzeugte sich am 10. Januar im Rahmen seines Informationsbesuches auf den Malediven auch über die Leistungsfähigkeit des THW. Mit den Worten „you are doing excellent work“, dankte er den Helfern für ihre Leistung.

Humanitäre Soforthilfe in Sri Lanka

Bereits drei Tage nach der Katastrophe begann das THW am 29. Dezember im Süden Sri Lankas mit der Unterstützung der Bevölkerung. Das erste, 17 Kräfte umfassende Team der Schnell-Einsatz-Einheit-Wasserversorgung-Ausland (SEEWA) wurde am 9. Januar abgelöst. Sie garantierten – neben der Hilfe bei der akuten Versorgung mit Trinkwasser – nachhaltige Unterstützung in den betroffenen Gebieten durch die Erkundung weiterer Hilfs Optionen. Das neue Team setzt mit der Ausrüstung der SEEWA die Arbeit vor Ort erfolgreich fort. Derzeit wird geprüft, welche aktive Unterstützung das THW beim Wiederaufbau von Gebäuden bieten kann: Gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eruiert das Team Optionen für Projekte in weiteren von der Katastrophe betroffenen Regionen des Landes.

Der Schwerpunkt der Arbeiten in Sri Lanka liegt zur Zeit auf der Instandsetzung verschlammter Brunnen. Rund 120 Förderanlagen liefern wieder sauberes Wasser und sind für die Bevölkerung nutzbar. Einige können sogar zum Fördern von Trinkwasser genutzt werden. In den Wasserlabors des THW mit ihrer mikrobiologischen Ausstattung wird die Qualität ständig überprüft.

Mit einer Kapazität von 225.000 Litern pro Tag stellt das THW zudem in Galle mit zwei Trinkwasseraufbereitungsanlagen (TWA) die Wasserversorgung für rund 40.000 Menschen sicher: An einer Schule in Weligama in der etwa 1.800 Menschen Zuflucht gefunden haben und in Balapitiya, wo das THW das Base Hospital mit Wasser versorgt.

Schon im Mai 2003 war das THW in Sri Lanka im Einsatz. Verheerende Regenfälle hatten damals weite Teile im Süden der Insel überflutet. An drei Standorten im Distrikt Galle wurden Trinkwasseraufbereitungsanlagen aufgebaut. Während des fast vierwöchigen Einsatzes wurden mehr als 2,1 Millionen Liter sauberes Trinkwasser abgegeben, 179 Brunnen gereinigt und 62 Wassertanks mit 100.000 Litern

Fassungsvermögen aufgestellt. Darüber hinaus schulten die THW-Trinkwasserspezialisten örtliche Helfer im fachgerechten Reinigen von Brunnen, dem Durchführen von Labortätigkeiten und dem Betreiben von Trinkwasseraufbereitungsanlagen. Die Kontakte von damals und die gewonnenen Erkenntnisse über die Verhältnisse vor Ort erleichtern jetzt den aktuellen Einsatz für die THW-Helfer. Die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden läuft reibungslos.

Unterstützung der Bergungsarbeiten in Thailand

Bereits in der Nacht zum 29. Dezember entsandte der Bundesinnenminister ein 19-köpfiges Team der Schnell-Einsatz-Einheit-Bergung-Ausland (SEEBA) nach Thailand. In Khao Lak unterstützten die Erdbebenexperten zunächst die örtlichen Hilfskräfte bei den Bergungsarbeiten und im Bereich der Einsatzkoordination. Die Helfer in Thailand stellten zudem die Fortführung der Arbeiten des Bundeskriminalamtes in Phuket sicher. Sie unterstützten die Bundesbehörde mit ihren Kompetenzen in den Bereichen Beleuchtung und Logistik¹.

Das THW: Eine Bevölkerungsschutzorganisation des Bundes

Das THW ist eine Bevölkerungsschutzorganisation des Bundes. Sowohl im globalen Netzwerk der Vereinten Nationen als auch in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union kommt dem THW eine tragende Rolle zu. Als Instrument des Bundes wird das THW genutzt, um auch im Ausland schnell, zuverlässig und effektiv Hilfe zu leisten. Die sogenannten „Schnell-Einsatz-Einheiten“ sind darauf vor-

bereitet, innerhalb eines vordefinierten kurzen Zeitfensters mit ihrer gesamten Ausstattung in aller Welt eingesetzt zu werden. Die gesamte Ausrüstung muss zur sofortigen Verladung vorbereitet sein und die Einsatzkräftemüssen quasi auf „gepackten Koffern“ sit-



Nach der Aufbereitung wird das Wasser verteilt.

(Foto: Thomas Krimm)

zen. Das ist von den ehrenamtlichen Helfern nur leistbar, weil sowohl ihre Familien als auch die Arbeitgeber hinter der Idee stehen.

In seiner Struktur ist das THW weltweit einmalig. Bundesweit engagieren sich in ihrer Freizeit über 76.000 Bürgerinnen und Bürger in den bundesweit 665 THW-Ortsverbänden. Damit besteht die Bundesanstalt THW zu fast 99% aus ehrenamtlichen Mitarbeitern und verfügt gleichzeitig über die Effizienz einer zentral organisierten Behörde. Mit seinen hoch spezialisierten Einheiten ist das THW den Anforderungen des Bevölkerungsschutzes bestens gewachsen. Dabei gewährleistet die enge Verzahnung mit der Feuerwehr, anderen Hilfsorganisationen, der Polizei sowie dem Bundesgrenzschutz einen maximalen Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

¹ Der Artikel gibt den Stand am 21.1.2005 wieder.

Schwieriger Einsatz: Busunfall

Hamburger Feuerwehr demonstriert Theorie und Praxis

Von Irene Kölbl, Berlin

Neben der Rettung von verschütteten Personen, Umgang mit gefährlichen Stoffen und Dekontamination waren Busunfälle eines der Themen, die der erste Hamburger Rettungsdienstkongress behandelt hat.

sowie menschliches und technisches Versagen tragen im hohen Verkehrsaufkommen zu Unfällen und Störungen bei. Ereignisse einerseits, in die immer wieder auch Busse verstrickt sind. Ereignisse andererseits, bei denen Feuerwehrleute und Rettungsdienstpersonal gefordert sind.



Bei umgekippten oder verkeilten Fahrzeugen stellt der Zugang häufig ein Problem dar.

Die Hamburger Feuerwehr demonstrierte, nach welchen theoretischen Überlegungen und praktischen Vorkehrungen sie bei einem derartigen Einsatzgeschehen vorgeht.

Heutzutage wollen alle Menschen jederzeit mobil sein, die Verkehrsdichte hat sich demzufolge stark erhöht. In Reisebussen sind in Deutschland jährlich rund eine Million Personen unterwegs. Das riskante, nicht verkehrsgerechte Verhalten Einzelner

Bustypen

Zu unterscheiden sind Stadtlinienbusse, Überlandlinienbusse und Reise-/Fernreisebusse. Das größte Fahrgastkontingent nehmen die städtischen Linienbusse auf, die Steh- und Sitzplätze für bis zu 160 Personen bieten. Insbesondere stehende Passagiere gehen in den Verkehrsmitteln ein hohes Sicherheitsrisiko ein, auch wenn keine Statistiken über aufgetretene Verletzungen vorliegen.

Die Überlandlinienbusse sind bestmöglich ausgelastet: Wochentags zumeist als Linien- und Schulbusse unterwegs, kommen sie am Wochenende und in den Ferien als Reisebusse zum Einsatz (max. 100 Fahrgäste). Für die vorgesehene Doppelnutzung sind die Sitze höher gelegt, um den erforderlichen Gepäckraum zu schaffen. Dadurch verringert sich der freie Raum bis zum Dach, der den Einsatzkräften zur Verfügung steht.

Die Reise- und Fernreisebusse (rund 90 Fahrgäste) sind für lange Fahrten konzipiert, müssen also komfortabel sein. Sie sind häufig noch höher, was das Herankommen an die Personen im Hoch- oder Oberdeck erschwert. Die Treppen sind schmal und außerdem gewandelt: Eine Krankentrage passt hier nicht durch.

Vor acht bis zehn Jahren ist erstmals ein Busunglück bewusst registriert worden. Anschließend hat die Verbesserung der Fahrgastzelle begonnen. Den Einbau von Sicherheitseinrichtungen haben Busunternehmen nicht besonders erfreut beobachtet. Das zusätzliche Gewicht, das diese bescheren, verringert die Nutzlast. Nachdem sich viele Unglücksfälle ereignet haben, hat der öffentliche Druck Änderungen durchgesetzt. Inzwischen werden erste Busse mit Sicherheitssystemen ausgestattet, die z.B. kontrollieren, ob der Fahrzeugführer fahrtauglich ist: Durch Lidschlagprüfung oder anhand der Spureinhaltung ist eine mögliche Übermüdung des Fahrers nachzuweisen. Aufgrund der Manipulationsmöglichkeiten ist es allerdings schwierig, derartige Vorkehrungen als Indikatoren für ein Fehlverhalten zu nutzen.

Patientengerechte Rettung

Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen können menschliche, bisweilen auch technische Fehler einen Busunfall auslösen. Die Einsatzkräfte erwarten in der Regel ein Massenanfall an Verletzten. Ob sich eine individualmedizinische Betreuung der Verunglückten durchführen lässt, hängt von der Örtlichkeit des Unfalls ab. In einer Großstadt befindet sich schneller ausreichend Personal an der Schadenstelle als auf dem „flachen Land“.

Um das anfängliche Chaos zu begrenzen, sind Leichtverletzte möglichst schnell aus dem Gefahrenbereich zu entfernen. Schwerverletzte sind vor Ort gezielt zu versorgen. Abhängig von der Lage und der Witterung empfiehlt es sich, den Behandlungsplatz in einem festen Gebäude zu stationieren. Zelte sind nur bedingt geeignet, bei schlechtem Wetter müssen sie entsprechend gesichert sein. Entscheidend sind die Patientenanhängerkarten, für die derzeit jedoch keine einheitliche Lösung gefunden ist. Darüber hinaus ist eine sorgfältige Dokumentation zu erstellen. Sie dient dazu, die Vorgehensweise, wie z. B. angesteuerte Krankenhäuser, Patienten, Triagestatus und Diagnosen, lückenlos nachvollziehen zu können.

Technische Rettung

Die technische Rettung aus dem Bus läuft in drei Phasen ab: Wichtig ist es, sich einen Überblick

über die Personen im Bus zu verschaffen, möglichst ohne das Fahrzeug zu bewegen. Die Erkundung kann beispielsweise durch die zertrümmerte Frontscheibe als Erstöffnung erfolgen. In Reisebussen sind insbesondere die Toilette und die Schlafkabinen für die Fahrer zu beachten. Personen, die dort verweilen, sind nicht gesichert und erleiden häufig schwere Kopfverletzungen.

Befindet sich der Bus in Seitenlage, können die Notausstiegsluken im Dach als Erstzugang genutzt werden. Bei abgestellter Zündung sind sie von außen gleichwohl nur noch mit Gewalt zu öffnen.

Zu den Sicherungsmaßnahmen, die unbedingt zu ergreifen sind, gehören das Abstellen des Motors und das Setzen der Radkeile. Sie verhindern ein Wegrollen des Fahrzeugs. Auch dem Brandschutz ist



Enge und Chaos im verunglückten Fahrzeug erschweren die Orientierung.

großes Augenmerk zu widmen: Ist im Bus ein Schmelbrand entstanden, entwickelt sich dieser innerhalb von fünf bis sieben Minuten zum Vollbrand.

In Phase 2 der Rettung ist eine medizinische Versorgungsöffnung im Fahrgastbereich zu schaffen. Sind Scheiben mit Glasmaster oder Federkörner zu entfernen, gilt es Fahrgäste und Einsatzkräfte vor den Glassplitttern zu schützen. Im Gegensatz zum Pkw-Bereich ist hier mit deutlich höheren Gewichten zu rechnen. Allein die Frontscheibe, die aus Polycarbon glas zusammengesetzt ist, wiegt bis zu 600 kg.

Eine Befreiungsöffnung ist im Front- oder im Fahrgastbereich anzubringen. Bei einem Bus in Seitenlage lässt sich die Öffnung auch ins Dach schneiden.

Risiken

In Deutschland haben 1996/97 die letzten „unsicheren“ Busse ihren Dienst aufgenommen. Es ist davon auszugehen, dass sie ungefähr bis zum Jahr 2015 noch in Betrieb sein dürften. So lange dauert es, bis sich die Kosten amortisiert haben, die heute rund 450.000 bis 500.000 Euro betragen. Hinzu kommen Fahrzeuge aus dem Ausland, die möglicherweise nicht den gültigen Richtlinien und Bauvorschriften genügen. Die Einsatzkräfte können also bundesweit, so Wolfgang Jasinski von der Landesfeuerwehrschule Hamburg, immer noch einem riesigen Gefahrenpotenzial begegnen.

Gleiches gilt für die Nutzer von Busreisen, bei denen laut ADAC-Bustest 2004 „Sicherheit Glücksache ist“. Von insgesamt 37 Busfahrten hat ein Drittel die geforderten Sicherheitsstandards – z. B. Sicherheitsinformationen für Fahrgäste bei Hin- und Rückreise, Sicherheitsausstattung, Notfallausrüstung, technischer Zustand des Busses – erfüllt. Fast die Hälfte aller Reisen hat eine durchschnittliche Bewertung erhalten, jede sechste Reise war bedenklich.

Einige Busunglücke

20.12.2003 Zwölf Menschen, darunter mehrere Deutsche, kamen bei einer Reise nach Paris an der belgisch-französischen Grenze zu Tode. Der Busfahrer hatte wohl wegen Übermüdung und zu hoher Geschwindigkeit die Kontrolle über sein Fahrzeug verloren.

17.05.2003 In der Nähe der ostfranzösischen Stadt Lyon stürzte ein Bus von der Autobahn eine Böschung hinab. 27 Insassen des mit 74 Personen besetzten Fahrzeuges und der Fahrer starben. Die Reisenden befanden sich auf dem Weg an die spanische Costa Brava.

08.05.2003 Bei einem Unfall am Plattensee in Ungarn erfasste ein Zug auf einem unbeschränkten Bahnübergang einen Reisebus. Traurige Bilanz waren 33 Tote und elf (Schwer-)Verletzte. Den

ungarischen Behörden zufolge hatte der Busfahrer das rote Haltesignal außer Acht gelassen. Er wollte nicht den Anschluss an die beiden vorausfahrenden Fahrzeuge verlieren.

21.08.2000 Als ein Lastwagen den Bus deutscher Jugendlicher auf der Autobahn westlich von Wien rammte, war deren Fahrt ins Ferienlager am Plat-



Die Rettung der Insassen hat Priorität. (Fotos: Stefan Wagner)

tensee beendet. Acht junge Menschen erlitten tödliche, 23 weitere zum Teil schwere Verletzungen.

16.10.1999 Im Südwesten der Türkei stieß ein Reisebus, der deutsche Urlauber beförderte, mit einem LKW zusammen. Sieben Menschen kamen ums Leben, darunter vier Deutsche.

14.06.1996 Als ein Reisebus aus Bensheim auf der Autobahn ein Ausweichmanöver durchführte, stürzte er in der Nähe der hessischen Stadt Lorsch eine Böschung hinunter. Sechs Menschen kamen ums Leben, weitere 44 erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Ergänzender Katastrophenschutz, Technik und Ausstattung

Das Zentrum der „klassischen“ Zivilschutzaufgaben auf dem Weg in die Zukunft

Von Michael Gewehr (BBK)

Fachbereich T2 Ausstattung und Beschaffung

Eine Katastrophe zeichnet sich dadurch aus, dass sämtliche verfügbaren Mittel der täglichen Gefahrenabwehr in Verbindung mit zusätzlich vorgehaltener spezieller Ausstattung nicht ausreichen, um die Rettung und Versorgung der Bevölkerung in angemessener Zeit sicherzustellen. Die sich hieraus ableitende Aufgabe des Katastrophenschutzes ist es, durch vorbeugende, flankierende und weiterführende Maßnahmen die Auswirkungen eines Schadensereignisses weitestgehend zu begrenzen. Der Katastrophenschutz im Zivilschutz schließt zusätzlich Abwehrmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Auswirkungen eines Verteidigungsfalles mit ein.

Im Fachbereich Ausstattung und Beschaffung des Zentrums Ergänzender Katastrophenschutz erfolgt die konzeptionelle und technische Ausgestaltung der Fahrzeuge und Ausstattungen der ergänzenden Katastrophenschutzausstattung des Bundes sowie die Beschaffung und Verwaltung der Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz und der Zivilschutz-Hubschrauber.

Die Konzeption zur technischen Ausstattung des Bevölkerungsschutzes des Bundes ist stets Ausdruck der im politischen Raum festgestellten äußeren oder inneren Bedrohungsannahmen. So wurden Art und Umfang der vorgesehenen Ausstattung, die Anzahl der HelferInnen, aber auch die Ausrichtung

der technischen Ausstattung, deren Dislozierung im Land und die Vorgaben zur Vorhaltung der Ausstattung seit der Einführung mit dem Ersten Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vom 09. Oktober 1957 mehrfach an die jeweilige Bedrohungsannahme angepasst.

Unverändert blieb bislang allerdings die Zuständigkeitsverteilung gemäß Grundgesetz zwischen Bund und Ländern. Demnach sind die Länder für den Katastrophenschutz und der Bund für den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall zuständig.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der bipolaren Weltordnung zu Beginn der 90er Jahre setzte ein Umdenkungsprozess ein, der auf nationaler Ebene neben der Struktur der Streitkräfte auch die zivile Sicherheitsvorsorge, und dort vor allem den Zivilschutz grundlegend verändert hat. Der Zivilschutz wurde in den 90er Jahren den außenpolitischen Rahmenbedingungen angepasst, die einen klassischen Krieg mit flächendeckenden Bodenkampfhandlungen in Europa höchst unwahrscheinlich haben werden lassen.

Mit der Umsetzung der derzeit noch gültigen Konzeption im Jahre 1995 war ein möglichst weitgehender Verzicht des Bundes auf jedwede Vorgaben verbunden. Die Länder sahen sich im Stande, auch die denkbaren Bedrohungen selbstständig zu bewältigen, die über die der täglichen Gefahrenabwehr hinausgehen. Die Bundesausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz wurde auf neun ver-

schiedene Fahrzeugtypen reduziert; die bis dahin voll finanzierten zusätzlichen Einheiten und Einrichtungen wurden aufgelöst.

Die Beschaffungsmaßnahmen des Bundes konzentrieren sich seitdem auf die im Zivilschutzfall besonders wichtigen Bereiche:

- Brandschutz mit den Fahrzeugtypen
 - Löschgruppenfahrzeug (LF 16-TS)
 - Schlauchwagen (SW 2000-Tr)



Der neue Betreuungslastkraftwagen des ergänzenden Katastrophenschutzes.

- ABC-Schutz mit den Fahrzeugtypen
 - Dekontaminations-Lastkraftwagen „Personen“ / „Geräte“ (Dekon-LKW P/G)
 - ABC-Erkundungskraftwagen (ABC-ErkKW)
- Sanitätswesen mit den Fahrzeugtypen
 - Arzttruppkraftwagen (ArztTrKW)
 - Krankentransportwagen (KTW)
- Betreuung mit den Fahrzeugtypen
 - Betreuungslastkraftwagen (BtLKW)
 - Feldkochherd auf Zweiradanhängen (FKH)
 - Betreuungskombi (BtKombi)

Insgesamt soll die materielle Unterstützung 9.460 Einsatzfahrzeuge (hierunter fallen auch die

Feldkochherde FKH) einschließlich Fachausstattung umfassen, deren Vorhaltung den Bundesländern im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung obliegt.

Zusätzlich hält der Bund gegenwärtig 24 Zivilschutzhubschrauber (ZSH) vor, die den Ländern, wie die sonstige Ausstattung auch, für den Katastrophenschutz in Friedenszeiten zur Verfügung gestellt werden. Die ZSH werden von den Ländern zur Luftrettung von Personen an insgesamt 16 Luftrettungsstationen eingesetzt.

Diese Konzeption baut jedoch noch auf dem bisherigen zunehmend kritisierten System auf, wonach die Ursachen von – von den Auswirkungen her vergleichbaren – Katastrophen ausschlaggebend sind für die Zuständigkeit in der Bewältigung. Es wird künftig notwendig werden, sämtliche vorhandenen Gefahrenabwehrpotenziale sinnvoll miteinander zu kombinieren, um die jeweiligen Stärken optimal zum Schutz der Bevölkerung einsetzen zu können. Hierzu bedarf es jedoch, nach übereinstimmender Meinung vieler Fachleute, einer „ordnenden

Hand“, die (wieder) zunehmend bei staatlichen Stellen des Bundes gesehen wird. Deshalb wurde die „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ entwickelt, von den Ländern und dem Bund beschlossen und in die Umsetzungsphase überführt.

Diese neue Strategie soll sicherstellen, dass die personellen und materiellen Ressourcen durch die verstärkte, gemeinschaftliche und zielorientierte Aufgabenwahrnehmung des Bundes und der Länder wirksam eingesetzt werden können. Darüber hinaus sollen erkannte Schwachstellen der technischen Ausstattung behoben werden. Die Dislozierung der vorzusehenden besonderen Gefahrenabwehrpotenziale

wird künftig auf Gefährdungsanalysen basieren, die von den Ländern anhand einheitlicher Kriterien erstellt wurden. Gemeinsames Ziel ist es, auf der Basis von Risikokategorien die nachfolgenden Versorgungsstufen auszurichten:

- normierter alltäglicher Schutz (Stufe I)
- standardisierter flächendeckender Grundschutz (Stufe II)
- erhöhter Schutz für gefährdete Regionen und Einrichtungen (Stufe III)
- Sonderschutz mit Hilfe von Spezialkräften für von Bund und Ländern gemeinsam definierte besondere Gefahren (Stufe IV TASK FORCES)

Für den Bund bedeutet dies, dass abweichend vom bisherigen System künftig hochwertigere Ausstattung für Spezialkräfte und besondere Lagen vorzuhalten ist, die nicht mehr nur standortbezogene Aufgaben zu erfüllen hat, sondern auch kurzfristig für überregionale Einsätze verfügbar gehalten werden muss.

Die detaillierte neue Ausstattungskonzeption wird gemeinsam mit den Bundesländern und anderen beteiligten

Organisationen auf der Basis der für das Bundesgebiet noch zu erstellenden Gefährdungsanalyse zu fertigen sein. Ein erster Entwurf des Bundesministeriums des Innern zur "Strategischen Neukonzeption der ergänzenden technischen Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz" liegt hierzu vor.

In der Übergangszeit bis zur Umsetzung der anstehenden Neukonzeption und der ggf. notwendigen Gesetzesänderung wird das bisherige Konzept nur in den Teilen fortgeführt, die einvernehmlich als künftig notwendig angesehen werden. Darüber hinaus werden mit Blick auf die zu erwartenden Änderungen neue Wege eingeschlagen. Anstehende Maßnahmen sind:

- ABC Schutzausstattung der den Fahrzeugen zuzuordnenden HelferInnen
- Fahrzeuge und Ausstattung der Bereiche ABC, Dekontamination und Betreuung
- Erste Task-Forces zur Bewältigung von B und C - Lagen
- Entwicklung einer Messleitkomponente
- Entwicklung und Beschaffung von "Sanitätsmodulen" zur Ergänzung der rettungs- und sanitätsdienstlichen Versorgung bei großflächigen Gefahrenlagen
- Entwicklung und Beschaffung von leistungsfähigen Wasserförderkomponenten

Bezüglich der Zivilschutzhubschrauber wurde ebenfalls eine Entscheidung über das künftige Enga-



Zivilschutzhubschrauber bei der Landung.

gement des Bundes in der Luftrettung der Länder erforderlich, weil der Leasingvertrag für den Großteil der Maschinen, nach einer maximalen Verlängerung von vier Jahren, ratenweise von Februar 2006 bis Mai 2007 ausläuft und unabhängig davon in der EU ab 2010 erhöhte Sicherheitsanforderungen gelten, die einen Weiterbetrieb der jetzigen Maschinen nicht mehr erlauben.

Der Bundesminister des Innern hat inzwischen die nachfolgende Entscheidung getroffen:

- Der Bund hält weiterhin Hubschrauber als besonderes Führungs- und Einsatzmittel des Zivilschutzes vor.

- Der Bundesgrenzschutz wirkt weiterhin am Luftrettungsdienst der Länder mit.



Zivilschutzhubschrauber über der Landeplattform.

- Das Engagement des Bundes in der Luftrettung wird von 16 auf 12 Luftrettungsstationen reduziert.

Diese Entscheidung hat den Rückzug des Bundes aus 4 Luftrettungsstationen zur Folge. Es ist vorgesehen, sich von den Luftrettungsstationen

- Lünen (Christoph 8),
- Magdeburg (Christoph 36),
- Nordhausen (Christoph 37)
- Ludwigshafen (Christoph 3)

bis zum Jahr 2006 zurückzuziehen.

Materialgrundlagen

Voraussetzung für die Einleitung von Beschaffungsmaßnahmen sind neben der Festlegung des Bedarfs sowie der Art und des Umfangs der ergänzenden Ausstattung, die über die einsatztaktischen Forderungen bestimmt werden, entsprechende Materialgrundlagen, die zur eindeutigen und wettbewerbsneutralen Beschreibung einer geforderten Leis-

tung dienen. Die ergänzende Ausstattung berücksichtigt hierbei in erster Linie technische Normen

und handelsübliche Standards. Daneben werden die erforderlichen Materialgrundlagen im Rahmen von Neu- oder Weiterentwicklungen von Prototypen erstellt. Aus Gründen der Akzeptanz werden die Materialgrundlagen in der Regel mit den Ländern, der Feuerwehr und den Hilfsorganisationen abgestimmt.

Beschaffung von Ausstattung

Rechtliche Grundlage für die Beschaffung der ergänzenden Aus-

stattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz ist § 12 Zivilschutzgesetz. Ausgangspunkt für die Durchführung einer Erst- oder Ersatzbeschaffungsmaßnahme von bundeseigenen Einsatzfahrzeugen einschließlich der auf ihnen verlasteten Ausstattung ist eine umfassende Planung und Koordinierung der Beschaffung. Grundlage hierfür ist eine vorausschauende Bedarfsbestimmung. Zur Ermittlung des voraussichtlichen Bedarfs in den Planungsjahren erfolgt die Prognose des jeweiligen Bestandes an Hand der Altersstruktur bzw. der durchschnittlichen Laufzeiten und der zu erwartenden Aussonderungen. Die Beschaffungsplanung findet dann entsprechende Berücksichtigung im Rahmen der Haushaltsaufstellungen und der Finanzplanung. Konzeptionelle Anpassungen und die rasch fortschreitende, technische Entwicklungen machen es notwendig, dass die erforderlichen technischen Beschaffungsunterlagen permanent überarbeitet werden müssen. Insofern besteht die Notwendigkeit, Beschaffungsschwerpunkte dort zu bilden, wo die Beschaffbarkeit gegeben ist und entsprechend Maßnahmen vorzuziehen oder zeitlich hintanzustellen.

Die Ersatzbeschaffung einzelner Teile der auf den Einsatzfahrzeugen verlasteten Ausstattung wird

auf der Basis der Vorgaben des Bundes grundsätzlich dezentral durch die Länder oder die von ihnen beauftragten Stellen vorgenommen.

Beschaffungen über das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Die zentralen Beschaffungsmaßnahmen der ergänzenden Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz sind grundsätzlich über das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern abzuwickeln. Sofern möglich, werden bereits im Vorfeld mit den dortigen Fachreferaten die Bedarfsbeschreibungen abgestimmt. Unter Ermittlung der voraussichtlichen Kosten, der Festlegung der Lieferbedingungen und -orte und der Zusammenführung der erforderlichen Beschaffungsunterlagen, wie z. B. den Technischen Beschreibungen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und/ oder Verpflichtungsermächtigungen die Beschaffungsanweisungen gefertigt. Anschließend wird das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern mit deren Prüfung und Durchführung unter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen beauftragt. Weitere Aufgaben des Fachbereiches im Zuge der Beschaffungsmaßnahmen bestehen unter anderem darin, die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen, die Werte der Beschaffungsaufträge gegebenenfalls anzupassen sowie die Abwicklungen der einzelnen Auftragserteilungen, insbesondere hinsichtlich der Vollständigkeit und Einhaltung von Lieferterminen zu überwachen. Daneben sind die Beschaffungsmaßnahmen auch in technischer Hinsicht, ins-

besondere durch die Erprobung von Erstmusterfahrzeugen, zu begleiten.

Bestückung von Fahrzeugen

Empfangsadresse für die bundeseigene Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz ist bis auf wenige Ausnahmen das Bestückungslager des



Betreuungslastkraftwagen im Bestückungslager Bonn-Dransdorf.

Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn-Dransdorf.

Im Zuge mit der Anlieferung der Einsatzfahrzeuge oder sonstigen Ausstattung führen die Mitarbeiter des Bestückungslagers Dransdorf eine Wareneingangskontrolle durch.

Geprüft wird, ob die angekündigte Menge vollständig geliefert worden ist und die Ausstattung die gewünschten Funktionsmerkmale erfüllt, ob eventuelle Beschädigungen an der Ausstattung festzustellen sind und ob die Ware mit den Vereinbarungen aus dem Auftrag übereinstimmt. Diese Kontrolle kann jedoch aufgrund der hohen Stückzahlen,

die in der Regel beschafft werden, oftmals nur stichprobenartig erfolgen. Anschließend wird die Ware in den Bundesbestand übernommen und vorübergehend eingelagert. Sobald die für die Einsatzfahrzeuge vorgesehene Ausstattung komplett vorliegt, wird die Bestückung der Fahrzeuge vorgenommen. Die für den Einsatz erforderlichen Geräte werden zu Sät-

Verteilung vorgenommen. Sodann erfolgt nach und nach die Zuweisung an die Innenministerien / -senatoren der Länder, denen allein die weitere Verteilung innerhalb ihres Landes obliegt. In der Regel wird die Ausstattung von den für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Feuerwehren und Hilfsorganisationen, wie ASB, DLRG, DRK, JUH und MHD weitergegeben.

Diese werden damit betraut, die neuen Einsatzfahrzeuge im Bestückungslager Dransdorf zu übernehmen, zum jeweils vorgesehenen Standort zu überführen und dort für die Zwecke des Katastrophenschutzes zu betreiben.



ABC-Erkundungskraftwagen vor der Auslieferung.
(Fotos: BBK)

Verwaltung der Ausstattung

Bezüglich der Verwaltung der ergänzenden Bundesausstattung wird im Rahmen der Neukonzeption über neue Möglichkeiten

zu diskutieren sein, die die bestehenden Verwaltungswege vereinfachen.

Die Verwaltung der gegenwärtigen Katastrophenschutzausstattung des Bundes erfolgt in Bundesauftragsverwaltung durch die Länder. Der Bund trägt gem. Art. 104 a GG die Kosten die den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden durch das Zivilschutzgesetz (ZSG), die allgemeinen Verwaltungsvorschriften aufgrund dieses Gesetzes und durch Weisungen der zuständigen Bundesbehörden entstehen (personelle und sächliche Verwaltungskosten werden nicht übernommen). Die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel werden den Ländern zu diesem Zweck vom Bund bedarfsgerecht und bezogen auf die jeweiligen Ausgaben zur Bewirtschaftung zugewiesen.

zen zusammengestellt und auf den Einsatzfahrzeugen verlastet. Nachdem die Einsatzfahrzeuge schließlich betankt sind, werden sie zum Abruf bereit gemeldet und für die Abholung bereitgestellt.

Zuweisung von Ausstattung

Zum Abschluss einer Beschaffungsmaßnahme werden die neuen, fertig bestückten bundeseigenen Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes im Zivilschutz den Bundesländern zur Verfügung gestellt. Grundsätzlich wird hierzu zunächst, wenn die Auslieferung der ersten Einsatzfahrzeuge bevorsteht, die Ausstattungssituation in jedem Bundesland bezogen auf den betroffenen Fahrzeugtyp bewertet und dementsprechend eine bedarfsgerechte, anteilmäßige

ABC-Erkundungsübung

Dritte überregionale Übung im Landkreis München

Von Christoph Alheim und Hans Huebl

Bei der ersten großräumigen Übung der Erkundungskomponenten der ABC-Züge der Landeshauptstadt München (Freiwillige Feuerwehr München, Abteilung Stadtmitte) und des Landkreises München Ende März 2003 standen die Koordination der Fahrzeuge und die Kommunikation im Vordergrund. Bei der zweiten Übung Ende Oktober 2003 („Absturz eines Satelliten mit spaltbarem Material“) lag das Augenmerk neben dem koordinierten Einsatz der Erkundungskomponenten durch die Messleitung auf der Durchführung einer realen Messung durch die Einsatzkräfte vor Ort. Das Übungsszenario ging von einem abgestürzten Satelliten aus, der durch eine Nuklearbatterie angetrieben wurde und bei dessen Absturz radioaktive Bruchstücke im Zentrum von München niedergegangen waren. (s. [Bevölkerungsschutz 2-2003](#) und [4-2004](#)).

Ziel dieser zweiten Übung war es, die radioaktiven Trümmer mit Hilfe des radiologischen Messsystems der ABC-Erkundungsfahrzeuge zu lokalisieren. Am Vortag wurde die gesamte Strecke mit dem radiologischen Messsystem eines ABC-ErkKW aufgenommen. Nach Lokalisation von „Wrackteilen“ durch die hochempfindliche NBR-Sonde, hatten die Fahrzeugbesatzungen die Aufgabe, im abgesetzten Betrieb mittels K-Nachweisgerät und dem Dosisleistungsmessgerät FH40G die Lage des Strahlers zu markieren und zu dokumentieren.

Diese Übung hat gezeigt, dass die Analyse der Ortsdosisleistung nicht immer geeignet ist, radioaktive Strahler zu finden, da bereits Schwankungen in der natürlichen Umgebungstrahlung mit Hilfe der NBR-Sonde nachweisbar sind. Eine Differenzierung zwischen zusätzlicher künstlicher Strahlung und Schwankungen in der natürlichen Ortsdosisleistung fällt schwer, der mittlere energetische künstliche Anteil der radioaktiven Strahlung ist hingegen eindeutig zu erkennen. Die Messtechnik des ErkKW ermöglicht

hierbei eine sehr detaillierte Dokumentation der Messfahrt. Im Falle der radiologischen Komponente ist es außerdem möglich, die Messwerte graphisch auf einer topographischen Karte darzustellen.

Vorbereitung

Verwöhnt durch den großen Erfolg der zweiten Übung mit tatsächlichen radiologischen Messwerten, bestand bei dieser dritten Erkunderübung das ehrgeizige Übungsziel in der Erhebung und Dokumentation von tatsächlichen chemischen Messwerten in einem realistischen Szenario. Weiteres Übungsziel war das weitere Training der Führungskräfte

- in der Planung und Leitung eines Messeinsatzes,
- dem Entscheidungstraining bei der Auswahl von Messmethode, Messgerät und Messmodus sowie
- weiterer Erprobung von Handling, Umfang und Grenzen des Austauschs der erforderlichen Datenmenge.

Dieses Mal zeichneten gemeinsam der ABC-Zug München-Land und die FF Stadtmitte für die Übungsdarstellung verantwortlich. Die Ausarbeitung des „geheimen“ Szenarios fand in Zusammenarbeit zwischen Führungskräften beider ABC-Komponenten statt. Die Organisatoren legten besonderen Wert auf die Möglichkeit, unter realistischen Bedingungen üben zu können. Hierzu war geplant, tatsächliche Messwerte zu erzeugen, um auf das künstliche „Einspielen“ von fiktiven Messergebnissen verzichten zu können. Der vorhandene Vorrat an Putzmitteln im Lager der Hausverwaltung der Branddirektion München beinhaltete gleich mehrere Produkte, bei denen über die vorhandene „Querempfindlichkeit“ des Ionenmobilitätsspektrometers (IMS) ein sesshafter Kampfstoff simuliert werden konnte – selbstver-

ständig unter sorgfältiger Beachtung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen, um eine Gefährdung von Menschen, Tieren oder Umwelt auszuschließen.

Für die Bediener gilt es hierbei insbesondere

- das Zusammenspiel mehrerer Messfahrzeuge zu üben,
- den taktischen und technischen Einsatzwert des ABC-Erkunders und seine Einsatzgrenzen einschätzen zu lernen,
- die richtige Kommunikation der im Einsatzgebiet ermittelten Erkenntnisse an die Einsatzführung zu üben sowie
- in möglichst realistischen Übungsszenarien selbst aufgenommene Messwerte zu erfassen, zu dokumentieren und in eigener Verantwortung richtig darauf zu reagieren.



Geräte und Fahrzeug-Dekontamination.

Die im Einsatzfall vorgesehenen Führungskräfte sollen

- im Vorhinein die Strukturierung eines effektiven Messeinsatzes erlernen – in voller Verantwortung und Kenntnis der Einsatzgrenzen des Fahrzeuges,
- den taktischen und technischen Einsatzwert des ABC-Erkunders einschätzen können,
- die richtige Kommunikation zu den jeweils richtigen Fahrzeugen im Einsatzgebiet beherrschen,
- den gesamten Einsatzablauf sowie Ort, Zeit, Wetter und Verlauf der erhobenen Messwerte mit der

gebotenen Genauigkeit in Verbindung mit den daraus gezogenen Konsequenzen dokumentieren sowie in geeigneter Weise zusammenfassen, um der Einsatzleitung ein Gesamtbild der Lage vermitteln zu können,

- in möglichst realistischen Übungsszenarien auf übermittelte Messwerte verantwortlich und richtig reagieren und
- den hohen Kommunikationsbedarf und die zu beherrschende Informationsflut anhand eines Übungsfalles einschätzen lernen.

Bei der Integrierten Leitstelle der Berufsfeuerwehr München wurde ein eigener Funkkanal im 4m-Band für die Datenübermittlung ABC-ErkKW - Messleitung beantragt.

Am Vortag fanden intensive Gespräche mit Vertretern der Messe München vor Ort statt, um einen geeigneten Ort festzulegen. Der Aufbau- und Messebetrieb sollte durch die Übung nicht gestört werden. Nach kurzer Erläuterung der Ziele, des ungefähren Ablaufs und der physikalischen Randbedingungen (mit „Lieferwagen“ befahrbares, geschlossenes Kompartiment zur Erzeugung einer Chemikaliendampf-Atmosphäre) kam die entscheidende Idee von den Mitarbeitern der Messe München selbst: Anstelle der geplanten Benutzung eines der Unterquerungstunnels mit Lieferverkehr wurde die Lagerdarstellung im wenig befahrenen Ringtunnel entlang der Lagerräume vereinbart.

In mehrstündiger Arbeit fanden bis in die Abendstunden hinein Versuche zur Erzeugung einer ausreichenden Dampfkonzentration statt (große Wannen, Backbleche, Gaskocher, Vernebelung). Die Dichte der erzeugten Atmosphäre musste ausreichend sein, um im Vorbeifahren die Warnschwelle des IMS für einen der Kampfstoffe zu überschreiten. Schließlich wurde mittels manueller feiner Vernebelung gewährleistet, dass das IMS während der Vorbeifahrt „GA“, Abkürzung für Tabun, oberhalb der ersten Alarmschwelle anzeigt.

Übungsablauf

Nach erfolgter Anreise und gemeinsamem Frühstück um 08:00 Uhr beim ABC-Zug München-Land in Haar erfolgte dort ab 09:00 Uhr die Einweisung in die Übung.

Angenommenes Szenario

An einem Samstag wird eine überregional bedeutende Großmesse auf der „Neuen Messe München“ eröffnet. Während der Eröffnungsveranstaltung zeigen zahlreiche Gäste schwere Vergiftungserscheinungen. Aufgrund der Tatsache, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Speisen und Getränke ausgegeben wurden, ist eine Vergiftung durch Lebensmittel auszuschließen. Beim Anlaufen der Rettungsmaßnahmen zeigen einige Hilfskräfte ebenfalls Vergiftungserscheinungen. Durch die große Anzahl von Verletzten innerhalb eines derart kurzen Zeitraumes wird durch den vor Ort befindlichen Einsatzleiter der Verdacht eines Anschlages mittels chemischer Kampfstoffe geäußert. Aufgrund der Geländegröße werden daraufhin mehrere Erkundungskomponenten hinzugezogen.

Der Örtliche Einsatzleiter (ÖEL) erwartet von den Erkundungskomponenten eine detaillierte Erkundung der Lage, insbesondere eine Aussage über den freigesetzten Stoff, um geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Zudem soll eine weitere Ausbreitung des Stoffes unterbunden werden und, sofern möglich, Vorschläge zur Dekontamination unterbreitet werden.

Lage

Im Rahmen eines Großalarms werden die Erkundungskomponenten München-Land und München-Stadt alarmiert, um das Gebiet auf Kontamination zu untersuchen. Die Organisation und Durchführung der Mess- und Spürfahrten wird der zu installierenden gemeinsamen Messleitung vom ÖEL in eigene Verantwortung übertragen. Die Bevölkerung wird über Rundfunk- und Lautsprecherdurchsagen aufgefordert, die Häuser nicht zu verlassen sowie Fenster und Türen geschlossen zu halten.

Der Großteil der Messebesucher mit Vergiftungserscheinungen ist bereits vom Rettungsdienst versorgt und abtransportiert worden. Zum Eigenschutz und zur eventuell notwendigen Dekontamination weiterer Betroffener ist aus beiden Dekon-P eine gemeinsame Dekonstrecke (3-Zelte-Konzept, wie ursprünglich vom Bund geplant) für Personen und Geräte / Fahrzeuge aufzubauen.

Messleitung

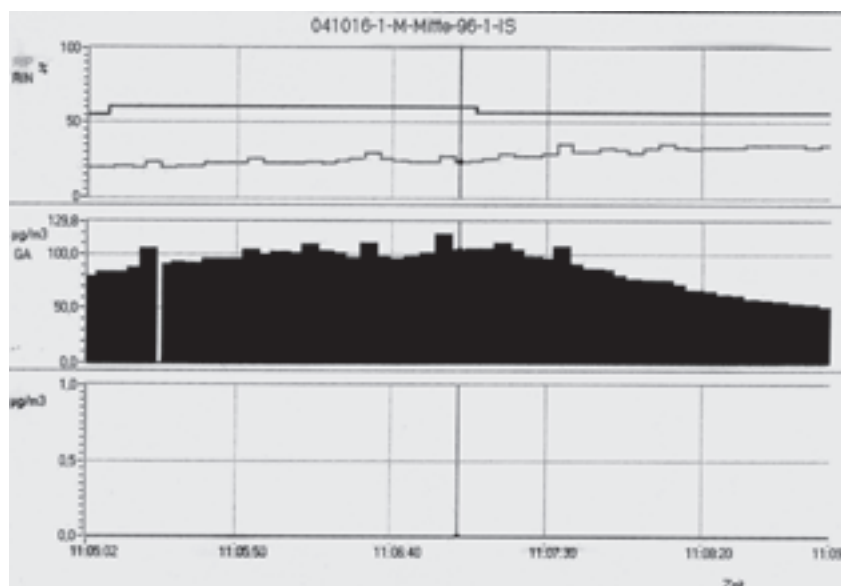
Während der Inbetriebnahme der Messcontainer etabliert sich die gemeinsame Messleitung und

beginnt ihre Arbeit mit der Abfrage der aktuellen Wetterdaten von der Integrierten Leitstelle der Berufsfeuerwehr München.

Der gesamte „Messeinsatz“ wurde über die 2m-Gebäudefunkanlage der Messe abgewickelt (Kontakt Oberfläche - Tunnel). An der Oberfläche stehen mehrere 2m- und ein 4m-Kanal zur Verfügung.

Messfahrten

Auf eine prophylaktische Ausrüstung der Besatzungsmitglieder der ErkKWs mit Körperschutz



Detaildarstellung der Tabunmessung.

und Atemschutz wurde trotz Verzicht des Bundes auf eine dichtschießende Fahrzeugkabine verzichtet.

Während die Fahrzeugbesatzungen die Messcontainer in Betrieb nehmen und die Einsatzaufträge von der Messleitung erhalten, verstecken sich zwei Feuerwehrangehörige, wie am Vorabend erprobt, mit Vernebelungsgeräten und einem Kanister Sani-tärreiniger unter leichtem Atemschutz im Ringtunnel.

Bei der Einfahrt in das Messegelände kommen den Erkundungsfahrzeugen mehrere „kontaminierte Personen“ mit Vergiftungssymptomen entgegen, die mit guten schauspielerischen Leistungen die ErkKW aufhalten. Die Besatzungen müssen in dieser Situation Vorsorge vor Eigenkontamination treffen, die Personen dennoch betreuen und dem Dekon-Personal übergeben. Somit ist sichergestellt, dass zum einen ein funktionierender Dekon-Platz bei kalter

Witterung aufgebaut werden muss und zum anderen die ABC-ErkKW-Besetzungen „vorgewarnt“ sind.

Wie bereits angesprochen, bestand der Dekonplatz aus einem Auskleide-, einem Dusch-, sowie einem Ankleidezelt. Diese Struktur bietet insbesondere bei einer größeren Anzahl von Verletzten den Vorteil, dass die Ent- und Bekleidung sightgeschützt und wetterunabhängig stattfinden kann.

Erstaunlicherweise wurde, vermutlich infolge der Optimierung am Vorabend, bereits unmittelbar nach Einfahrt in den Tunnel die erste Alarmschwel-



Dekon-Strecke unter Einsatz von 2 Dekon-P mit 3 Zelten.

le überschritten. Offenbar hatte sich die Wetterrichtung im Tunnel umgekehrt und, merkwürdigerweise, zu einer frühen Anzeige des Kampfstoffes VX geführt ($86 \mu\text{g} / \text{m}^3$). Der Fahrzeugführer des ABC-ErkKW ließ sofort anhalten und bat die Messleitung um weitere Instruktionen. Der zweite ErkKW war inzwischen ebenfalls in den Tunnel eingefahren und stellte gleichfalls weit vor der erwarteten Stelle eine Überschreitung der GA-Alarmschwelle (Tabun) fest (max Übungs-Messwert $110 \mu\text{g} / \text{m}^3$). Vom Leiter des Dekon-Platzes wurde innerhalb kürzester Zeit die (fachlich richtige) Empfehlung zur Dekontamination mit Natrium-Hypochlorid ausgesprochen.

Durch steuerndes Eingreifen der Übungsleitung konnten Messleitung und Fahrzeugbesetzungen überzeugt werden, dass die bislang gemessenen Werte noch unterhalb der fünfzigprozentigen Kampfunfähigkeitsdosis ($\text{ICt}_{50} \text{ GA} = 300 \mu\text{g} / \text{m}^3$, $\text{ICt}_{50} \text{ VX} =$

$2500 \mu\text{g} / \text{m}^3$) liegen. Daher wurde einvernehmlich vereinbart, dass sich die Fahrzeugbesetzungen fiktiv mit Körperschutz Form 2 und Atemschutz ausrüsten und die Messfahrt zügig abschließen.

Abschließend war von jedem ErkKW noch eine Wetterhilfsbeobachtung durchzuführen.

FAZIT

Das Hauptziel der Übung im Hinblick auf die Messleitung war die Koordination mehrerer Erkundungskomponenten. Hierbei war zusätzlich darauf zu achten, dass durch die Lagemeldungen der Spürfahrzeuge vor Ort möglichst schnell auf die mögliche Bedrohung für die Zivilbevölkerung und die Besetzungen geschlossen werden kann.

Eine wichtige Aufgabe der Messleitung bestand darin, die durch die ErkKW's gewonnenen Messdaten zusammenzufassen und der Einsatzleitung mit einem Maßnahmenvorschlag darzustellen. Leider existiert im Gegensatz zur radiologischen Komponente bislang für die chemischen Messwerte keine Verknüpfung zur Kartendarstellung.

Ein weiteres Manko des ABC-ErkKW trat deutlich zu Tage: Die Datenübertragung ist derzeit lediglich auf drei Wegen möglich:

- „Vorlesen“ über Funk (eigener Kanal für max. drei Fahrzeuge erforderlich!)
- Ausdrucken und Übermittlung per Brief oder Fax (wobei ein Faxgerät an Bord fehlt)
- Abspeichern auf Diskette und Übermittlung per Brief oder Boten (Gegenseite muss allerdings über ein noch funktionsfähiges 3 1/2-Zoll-Diskettenlaufwerk verfügen!)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

**Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-550-579**

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name Vorname

Straße

PLZ Ort

Dienststelle/Firma Funktion im ZS/KatS

Tel.nr. für Rückfragen

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

Zivilverteidigungs-, Zivilschutz- und Kata- strophenschutzrecht

Bes.-Nr.: 1/05/85

Gesetz zur Umorganisa-
tion der Polizei und zur
Änderung dienst- und
personalrechtlicher Be-
stimmungen vom 16.
September 2004
In: GVBl. Niedersach-

sen. 58 (2004), 27 vom
27.9.2004, S. 362 - 366
Artikel 6. Änderung des
Katastrophenschutzge-
setzes

Bes.-Nr.: 1/05/111

Landesgesetz zur Ände-
rung des Brand- und Ka-
tastrophenschutzgesetzes
(LBKG), des Rettungs-
dienstgesetzes (RettdG)

und anderer Vorschriften.
Gesetzentwurf der Lan-
desregierung
In: Drucksache / Rhein-
land-Pfalz / Landtag 14/
3502 v. 15.10.2004, 68 S.

Bes.-Nr.: 1/05/5

Richtlinie über die Ge-
währung von Zuwen-
dungen für Feuerschutz
und Hilfeleistung (Zu-

wendungsrichtlinien
Feuerschutz und Hilfe-
leistung - ZRFeuHi)
[Änderung] RdErl. des
Innenministeriums v.
21.7.2004

In: Ministerialblatt für
das Land NRW (2004),
28 vom 9.8.2004, S. 710

Bes.-Nr.: 1/04/91

Richtlinie zum vorbeu-

genden Behördenselbstschutz (RBehS) v. 16. September 2004 / Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung
In: Allgemeines Ministerialblatt 17 (2004), 10 v. 27.9.2004, S. 402 - 410

□ Bes.-Nr.: 1/05/100

Verordnung über den Landesbeirat für Brandschutz, Allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz (LBKVO) v. 11. Oktober 2004 / Der Hessische Minister des Innern und für Sport
In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen (2004), 17 vom 18.10.2004, S. 308

□ Bes.-Nr.: 1/05/16;

Verordnung über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft (Wirtschaftssicherstellungsverordnung - WiSiV) v. 12. August 2004
In: Bundesgesetzblatt Teil I (2004), 43 v. 17.8.2004, S. 2159 - 2163

□ Bes.-Nr.: 1/05/90

Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zur Bil-

dung von Stäben bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen (VwV Stabsarbeit) v. 3. August 2004
In: Gemeinsames Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg (2004), 11, S. 586 - 702

□ Bes.-Nr.: 1/05/83

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Anschaffung und Errichtung von Sirenenanlagen (VwV Sirenenförderung) v. 2.9.04
In: Sächsisches Amtsblatt (2004), 39 v. 23.9.03, S. 971 - 973

Bevölkerungsschutz / Zivilschutz

□ Bes.-Nr.: 1/05/31

Preparing for Emergencies : what you need to know / HM Government. - London, 2004. - 22 S. [Ausdruck aus dem Internet]

□ Bes.-Nr.: 1/05/66

Ausbilden für die Katastrophenbewältigung.

Geschäftsbereich Ausbildung im BABS
In: action, die Schweizer Zeitschrift zum Thema Zivilschutz 51 (2004), 5, S. 4 - 7

□ Bes.-Nr.: 1/05/97

Deutsche Sicherheitsstrukturen im 21. Jahrhundert / Eckart Wertebach
In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 44 v. 25.10.2004, S. 5 - 13

□ Bes.-Nr.: 1/05/14

Führungssysteme als Basis für effizientes Krisenmanagement : militärische Führungssysteme können die Anforderungen des Zivil- und Katastrophenschutzes abdecken / Knud Rissel
In: Homeland Security : das Medium für Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz (2004), 2, S. 51

□ Bes.-Nr.: 1/05/102

Katastrophenschutz im Wandel. 1000 Tage nach dem 11. September 2001 und 500 Tage nach der Elbe-Hochwasserkatastrophe / Ralph Stühling

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2004), 11, S. 668 - 672

□ Bes.-Nr.: 1/05/60

Politische Ziele: Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
In: [Homepage Bundesministerium des Innern] vom 15.9.2004, 4 S.

□ Bes.-Nr.: 1/05/69

Wie Gefahren einzuschätzen sind : bundeseinheitliche Gefährdungsabschätzung / Dr. Wolfram Geier
In: Rettungs-Magazin (2004), 5 vom 1.9.2004, S. 86 - 88

Katastrophenschutz

□ Bes.-Nr.: 1/05/34

Kriterien für die Alarmierung der Katastrophenschutzbehörde durch die Betreiber kerntechnischer Einrichtungen. Verabschiedet in der 366. Sitzung der RSK am 16. Oktober 2003 und in der 186. Sitzung der SSK am 11./12. September 2003 / Gemein-

same Empfehlung der Reaktor-Sicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission. - [Bonn], 2004. - 30 S. - Ausdruck aus dem Internet. - Bekanntmachung als Bundesanzeiger-Beilage 136a/2004 vom 23.07.2004

□ Bes.-Nr.: 1/05/22

Ausbildung am Planspiel. Spieltrieb oder notwendiges Üben von Entscheidungen? / Michael Schwab

In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 11 (2004), 4, S. 32 - 33

□ Bes.-Nr.: 1/05/104

Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz. Kurzfristige Personalprobleme erwartet / (BS)
In: Behörden Spiegel (2004), 11, S. 13

□ Bes.-Nr.: 1/05/93

Neue Dimension des Großeinsatzes. Terroranschläge in Madrid im März 2004 ; Teil 1 / Hanno Peter

In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 11 (2004), 5, S. 32 - 36

□ Bes.-Nr.: 1/05/103

Hochwasserwarnung und Evakuierungsplanung im Behördennetz. Einsatzplanung / Christian Egloff Fauth

In: arcaktuell / Hrsg.: ESRI Geoinformatik GmbH (2004), 3, S. 30 - 31

□ Bes.-Nr.: 1/05/46

Horizont des Vorstellbaren : Katastrophenschutz nach New York und Madrid / dieser Beitrag von Sandra

Schulz lief als Radiofeature im Deutschlandfunk

In: Rotes Kreuz (2004), 5, S. 14 - 15

□ Bes.-Nr.: 1/05/64

„Kampf der Stäbe“ - oder einheitliche Führungsorganisation bei Großschadensfällen, Katastrophen und Krisen? Editorial / Claus Lange

In: Brandschutz 58 (2004), 9, S. 599

□ Bes.-Nr.: 1/05/36

Landesregierung optimiert Stabsarbeit / vom Innenministerium erarbeitete Vorschrift zur Bildung von Krisenstäben bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2004), 9, S. 532

□ Bes.-Nr.: 1/05/38

Katastrophenschutzkonzept Hessen : neue LF 10/6 / Ralph Stühling
In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2004), 9, S. 568 - 569

□ Bes.-Nr.: 1/05/21

Übungsszenario im Elbtunnel. Hamburgs Katastrophenschutz probt den Ernstfall / Kai Anders, Jörg Zydziak
In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 11 (2004), 4, S. 10 - 13

Medizin, Rettungsdienst

□ Bes.-Nr.: 1/05/108

Arzneimittelbevorratung

Den gesamten Bestand der Fachinformationsstelle

finden Sie in der

deutschen Literaturdatenbank für Zivil- und Katastrophenschutz (deLiKat)

unter der Internetadresse

<http://194.95.178.104/>

für die Katastrophenmedizin / Wolfgang Wagner
In: Intensiv- und Notfallbehandlung (2004), 2, S. 84 - 93

□ Bes.-Nr.: 1/05/110

Notfallmedizinische Aspekte des Gefahrstoffunfalls. Einsatzkonzepte und taktische Grundsätze / Bernd Mayer
In: Notfall- & Hausarztmedizin 30 (2004), 10, S. A453 - A456

□ Bes.-Nr.: 1/05/23

Gut vorbereitet mit Emergotrain ®. Neues Tool für die katastrophenmedizinische Führungskräfte-Fortbildung / Joachim Habers, Hanns Roesberg
In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 11 (2004), 4, S. 34 - 36

□ Bes.-Nr.: 1/05/105

Einsatzmanagement, Sichtung und Patientendokumentation beim Massenanfall von Verletzten und Erkrankten (MANV) / Joachim Habers
In: Intensiv- und Notfallbehandlung (2004), 2, S. 62 - 72

□ Bes.-Nr.: 1/05/76

15. Medizinische A-Schutz-Tagung an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München vom 29. bis 30.03.2004 / Nils Cordes
In: Wehrmedizinische Monatsschrift 48 (2004), 8/9, S. 187 - 188

□ Bes.-Nr.: 1/05/44

Busunfall auf Eifelautobahn. Herausforderung für alle Beteiligten / Gisela Neff ; Udo B. Crespin
In: Rettungsdienst 27 (2004), 9, S. 74 - 80

□ Bes.-Nr.: 1/05/35

Notarzdienst am Scheideweg? Vorwürfe zu Kosten und Effizienz / Peter Sefrin
In: Notfall- & Hausarztmedizin 30 (2004), 7/8, S. A386 - A390

□ Bes.-Nr.: 1/05/62

Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe - TRBA 250. Neue Anforderungen an den Arbeitsschutz im Rettungsdienst? / G. Buschhausen-Denker ; P.M. Möller
In: Notfall- und Ret-

tungsmedizin 30 (2004), 5, S. 337 - 342

□ Bes.-Nr.: 1/05/19

Vaccine Administration by Paramedics. A Model for Bioterrorism and Disaster Response Preparation / Bruce J. Walz u.a.
In: Prehospital and disaster medicine 18 (2003), 4, S. 321 - 326

Technik, Feuerwehrwesen

□ Bes.-Nr.: 1/05/78

Alles für den ABC-Einsatz: neue Ausbildungsregelung / Dietmar Frommelt
In: Einsatz. Zeitung für Ausbilder im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz (2004), 3, S. 6

□ Bes.-Nr.: 1/05/88

Arbeitsentwurf vfdB-Richtlinie 10/04: Dekontamination bei Einsätzen mit gefährlichen Gütern und Stoffen / Dieter Trepesch
In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2004), 10,

S. 590 - 598

□ Bes.-Nr.: 1/05/6

Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV). RdErl. des Innenministeriums v. 3.8.2004
In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 57 (2004), 28, S. 721 - 722

□ Bes.-Nr.: 1/05/9

Psychosoziale Unterstützung von Einsatzkräften. Nordrhein-Westfalen standardisiert das Hilfeleistungsangebot bei Feuerwehren / Christian Günthner ; Axel Strang
In: Brandschutz 58 (2004), 8, S. 539 - 543

□ Bes.-Nr.: 1/05/79

Zusammenfassung und Vereinheitlichung: FwDV 500 und FwDV 2 / Andrea Stickel. - dazu Poster S. 8 und 9
In: Einsatz : Zeitung für Ausbilder im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz (2004), 3, S. 7

Risikomanagement mit der Maus

Interaktive Gefahrenkarten für vorbeugenden Hochwasserschutz in Köln

Von Sabine Bonneck, Köln

Wenn der Rhein das nächste Mal über die Ufer tritt, können die Kölner ganz gelassen bleiben. Schließlich geben die neuen Gefahrenkarten im Internet (www.hochwasserinfo-koeln.de) ganz genau Auskunft darüber, welches Gebiet der Stadt wie stark vom

Hochwasser betroffen sein wird. Mit diesen Informationen lässt sich nun gezielt Vorsorge betreiben.

Für jede einzelne Adresse im Stadtgebiet können sich die Bürger potenzielle Überschwemmungstiefen und -ausbreitungen angeben lassen. Dabei



Im europäischen Vergleich ist Köln die am stärksten von Hochwasser betroffene Großstadt.

wählt man zwischen vier verschiedenen Pegelständen in zwei Szenarien: Sowohl die zurzeit bestehende Gefährdung wird angezeigt als auch die Situation nach Fertigstellung der Hochwasserschutzanlagen, die für das Jahr 2008 geplant ist.



Der mobile Hochwasserdamm vermag die Kölner Altstadt nur bis zu einem Pegelstand von 10m zu schützen. (Fotos: Hochwasserschutzzentrale Köln)

„Die Gefahrenkarten sind einmalig in Europa. Sie bieten die Möglichkeit, ein ganz individuelles Risikomanagement zu betreiben“, erläutert Reinhard Vogt, der Leiter der Kölner Hochwasserschutzzentrale, das außergewöhnliche Projekt.

Aber auch für Nicht-Kölner lohnt sich ein Besuch der Internetseite. Sie liefert eine Menge wisenswerter Informationen und praktischer Tipps rund um Hochwasser. Die Themen umfassen Fragen zur Sicherung der Heizungsanlagen ebenso wie eine Empfehlung zu den Utensilien, die zur Grundausstattung in hochwassergefährdeten Haushalten zählen sollten.

Im europäischen Vergleich ist Köln die am stärksten von Hochwasser betroffene Großstadt. Über 80 Millionen Euro betrugten die Schäden aus den beiden Hochwasser-Ereignissen von 1993 und 1995. Damals war der Rhein auf jeweils fast 10,70 Meter gestiegen. Anfang 1996 wurde im Rat der Stadt Köln einstimmig ein Hochwasserschutzkonzept beschlossen. Das Konzept beinhaltet vielfältige Maßnahmen,

beispielsweise die Schaffung von Retentionsräumen, verstärkte Aufklärung der Bevölkerung und die Durchführung von zahlreichen baulichen Maßnahmen. Besonderer Wert wird zudem auf überregionale Zusammenarbeit gelegt. Die Umsetzung des Hoch-

wasserschutzkonzeptes soll bis zum Jahr 2008 abgeschlossen sein. Mit der Fertigstellung der Gefahrenkarten ist ein wichtiges Kapitel des Konzeptes realisiert worden.

Für die Erstellung der Gefahrenkarten wurde das gesamte Kölner Stadtgebiet mit einem Laserscanner vermessen. Mit Hilfe der gewonnenen Daten können außerdem hochwassersensible Einrichtungen identifiziert werden – beispielsweise Kindergärten –, damit deren Evakuierung im Notfalle rechtzeitig in die Wege geleitet werden kann.

Natürlich kann mit den Gefahrenkarten keine Garantie übernommen werden. Schließlich verläuft jedes Hochwasser anders, weil es durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren beeinflusst wird. Das Fließverhalten des Rheins hängt unter anderem ab vom Winddruck, dem Wellenaufbau sowie unterschiedlichen Bebauungs- und Bewuchsverhältnissen.

Auch ohne Internetanschluss kann für das nächste Hochwasser geplant werden, denn bei der Konzeption der Materialien für die Bevölkerung ist ebenfalls an alles gedacht worden. Ausdrucke der Gefahrenkarten mit den bei einem Pegelstand von 11,30 Meter gefährdeten Gebieten können im Kölner Bürgerladen erworben werden. Eine außerdem erhältliche CD zeigt die bei den anderen Pegelständen wahrscheinlich betroffenen Teile der Stadt Köln.

Notfälle mit Kindern

Unfälle, die Kindern zustoßen, besitzen eine eigene Dynamik

Von Irene Kölbl, Berlin

Unfälle mit Kindern sind für die Einsatzkräfte fachlich und emotional eine große Belastung. Am 20. und 21. August 2004 widmete sich das 6. Rettungsdienstsymposium in Berlin insbesondere diesem Thema.

Geht es um unfallverletzte Kinder, stehen die Helfer sehr unter Stress. Zudem haben Unfälle, die Kindern zustoßen, eine eigene Dynamik. Vor allem das geringere Körpergewicht und das andere Verhältnis von Kopf- zu Körpergröße sind bei der Betreuung von Kindern zu erwägen.

Fast die Hälfte aller Verletzungen, die hierzulande bei Kindern auftreten, tangieren den Schädel-Hirn-Bereich. Letzteres resultiert aus der nicht korrekten bzw. nicht ausreichenden Sicherung von in Fahrzeugen transportierten Kindern. In den nordischen Ländern wie Schweden sind Kopfverletzungen dagegen sehr selten festzustellen, da Kinder bis zu drei Jahren rückwärts befördert werden müssen. Schäden an den Extremitäten erreichen Werte zwischen 50 und 88 Prozent. Des Weiteren kommen Läsionen am Brustkorb (15-25 %), Bauch, Becken (15 %) und an der Wirbelsäule (5 %) vor.

Geschehnisse, an denen Kinder beteiligt sind, belasten die Einsatzkräfte der Feuerwehr, der Rettungsdienste und das ärztliche Personal enorm. Notfallmediziner sind meist keine Kinderärzte und daher für die Behandlung der jungen Patienten nicht hinreichend ausgebildet. Fest steht, dass die zu versorgenden Verletzten keine „kleinen Erwachsenen“ sind. Übliche Behandlungsmuster wie der Einsatz und die Dosierung von Medikamenten sind auf sie nicht einfach übertragbar. Grundsätzlich ist zu beachten, dass die im Verhältnis zum Körpergewicht relativ große Körperoberfläche der kindlichen Opfer schnell auskühlt: Der Wärmeverlust ist umso größer, je kleiner die verletzte Person ist. Hinzu kommt, dass Säuglinge noch nicht über die Fähigkeit verfügen, selbst

durch aktive Körperbewegungen Wärme zu erzeugen. Entsprechend können sie das Sinken der Körperkerntemperatur nicht durch Kältezittern deutlich machen. Feuerwehr und Rettungsdienst müssen der Unterkühlung durch Decken, Wärmestrahlung von Scheinwerfern u.ä. entgegenwirken.

Die erlittene Verletzung hat eine unbekannt, ungewohnte Lage geschaffen, die für die betroffenen Kinder meist unverständlich ist. Oftmals haben Feuerwehrleute die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes zu überbrücken. Durch eine respektvolle Annäherung nach dem so genannten KASPERLe-Schema gelingt es ihnen, das Vertrauen der kleinen Patienten zu gewinnen. Die einzelnen Schritte, die es einschließt, erläutern sich selbst:

- Kontakt aufnehmen
- Ablenkung
- Situation erklären
- Personen (Eltern) einbeziehen
- Entscheidungsfreiheit lassen
- Ruhe bewahren
- Lieblingsstofftier
- ernst nehmen.

Um Kinder versorgen zu können, sind in Berlin die Notarztwagen und Notarzteinsatzfahrzeuge mit Kindernotfallkoffern ausgestattet. Diese enthalten beispielsweise spezielle Größen von Beatmungsmasken, einen besonderen Ambu-Beutel und Kinder-Elektroden für den Frühdefibrillator. Ansonsten sind Halbautomaten nur für Personen mit einem Körpergewicht von mindestens 35 kg zu verwenden.

Arbeiter-Samariter-Bund

Führen von Einheiten (FvE)

Ausbildung von Führungskräften in Einheiten des Arbeiter-Samariter-Bundes

Die Führungskräfte in Einheiten des ASB übernehmen verantwortungsvolle Führungs- und Leitungsfunktionen im Einsatz. Dieser Teil der Aufgabe ist den Partnern in der Gefahrenabwehr, einem Veranstalter von Großveranstaltungen und sicher auch den Betroffenen, den Bürgern, bekannt. Das ist aber nur die Spitze der Pyramide von Aufgaben einer Führungskraft in der präventiven und reaktiven Gefahrenabwehr unserer Organisation. Den größten Umfang in der Aufgabe unserer Einheitsführer nehmen ihre anderen Tätigkeitsinhalte ein. Stichworte



Einsatzbesprechung vor der Übung.

wie Motivation, Ausbildung und Training der Helfer, die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft, Budgetfragen, die Kontaktpflege zu anderen Beteiligten der Gefahrenabwehr, Beratungs- und Abklärungsgespräche mit Veranstaltern und auch die Öffentlichkeitsarbeit der Einheit und der ASB-Gliederung vor Ort lassen die Vielfältigkeit des Aufgabenprofils erkennen. Mit der modularen Ausbildungsreihe „Füh-

ren von Einheiten“ qualifiziert der ASB seine Einheitsführer für diese Aufgaben. Über Aufbau, Inhalte, Organisation, Verfahren und auch die Möglichkeiten der Führungskräfte-Fortbildungen wird hier berichtet.

Organisatorisches

Die integrierte Führungsausbildung des ASB bereitet seit 1998 angehende Führungskräfte auf die qualifizierte Wahrnehmung ihrer Aufgabe vor. Zielgruppe sind sowohl ehrenamtliche und dienstverpflichtete Helfer von Einheiten im Katastrophenschutz, als auch Helfer von Einheiten des Rettungsdienstes, Schnell-Einsatz-Gruppen oder des Rettungshundewesens. „FvE“ bietet fachdienstübergreifend allen Führungskräften eine einheitliche Ausbildung. Die Teilnehmer sollen die Grundlagen des Führens verstehen, in Gruppen erarbeiten und in praktischen Übungen trainieren. Zurückblickend war die Durchführung von zwei Vollzeitlehrgängen nicht erfolgreich. Im Allgemeinen, vermutlich aufgrund beruflicher Belange, entspricht ein modulares Wochenendangebot besser den Anforderungen aller Beteiligten und wird seitdem bundesweit durch das ASB-Bildungswerk angeboten. Der erste Standort von "FvE" ist Bremen. Neben guten räumlichen Unterkunfts- und Schulungsbedingungen können wir ein ideales Übungsgelände mit Trümmerfeld, Übungsturm, ausreichender Freifläche und einer großen Fahrzeughalle nutzen, die bei widrigen Witterungsbedingungen Innenübungen zulässt. Mittlerweile ist die Nachfrage nach den Lehrgängen aufgrund der guten Resonanz hervorragend, so dass wir auch an den „ASB-Schulen-Bayern“ in Lauf und an der „Landesschule NRW“ in Erftstadt Lehrgänge durchführen. Im 2. Halbjahr 2005 wird auch im Landesverband Sachsen erstmals „FvE“ angeboten. Die neuen Standorte bieten den Teilnehmern geringere Anreisezeiten und den entsendenden Gliederungen zum Teil erhebliche Fahrtkostenreduzierungen. Die integrierte Führungsausbildung besteht aus den Modulen Grundausbildung und Aufbaulehrgang. Komplettiert wird sie durch ein OrgL-Seminar. Curricula der Ausbildungen sind beim Bildungswerk des ASB erhältlich.

Grundausbildung

Die Grundausbildung umfasst fünf Module mit je 18 Unterrichtsstunden pro Wochenende. Der

Absolvent erhält das erforderliche Rüstzeug, um eine Führungsaufgabe, beispielsweise eine Gruppenführer-Funktion bei Einsätzen oder als Dienstgruppenleiter bei einer Veranstaltung übernehmen zu können. Inhaltlich werden den Teilnehmern Rechtsgrundlagen, Führungslehre, Einsatzlehre, und Organisation/Planung in Wissen und Fähigkeit vermittelt. Hervorzuheben ist der Anteil von 45 Prozent praktischer Ausbildung in Führungs- und Einsatzlehre. Neben Planübungen und Fallbeispielen ist das Training des Führungsverhaltens und der Anwendung des Führungsvorganges gemäß „DV100“ in Übungslagen der Schwerpunkt der praktischen Ausbildung. Die Szenarien erhalten im Verlauf der Ausbildung einen ansteigenden Schwierigkeitsgrad und einen größeren Umfang. Etwa ein Drittel der Übungen erfolgt schließlich in Zugformation. Es hat sich bewährt, dass die Lehrgangsteilnehmer die Führungs- und Mannschaftsfunktionen, sowie Beobachterfunktionen ausführen. So erlebt der Einzelne Führung aus unterschiedlichen Perspektiven. Sehr positiv wird von den Teilnehmern das „Feedback-Gespräch“ am Ende jeder Übung bewertet. Hier moderiert der Trainer konstruktive Übungskritik. Zunächst wird der übende Teilnehmer anhand des Führungsvorganges seinen Übungsablauf, detailliert nach Einsatzphasen darstellen. Dann erklären sich alle Übungsbeteiligten. Jetzt kommen Beobachter und Trainer zu Wort, die jede Führungsfunktion begleitet haben und führungsspezifische, taktische Hinweise geben.

Aufbaulehrgang

Der Aufbaulehrgang besteht aus 3 Modulen mit inhaltlichen Schwerpunkten. Das erste Wochenende thematisiert das Aufgabenfeld Krisenintervention. Die kompetenten Dozenten des „KIT-München“ leisten hier hervorragende, an der Praxis orientierte Arbeit. Das zweite Modul steht ganz im Zeichen von Planübungen, Stabsarbeit und Verwaltungsaufgaben. Die Teilnehmer erarbeiten in Planübungen einsatztaktische Möglichkeiten und erleben den Führungsvorgang. Stabsaufgaben werden aufgezeigt und nachvollziehbar gemacht. Weil unsere Führungskräfte auch verwaltende und organisatorische Aufgaben versehen, ist auch eine Einführung in diese Handlungsfelder enthalten. Das letzte Modul des Aufbaulehrganges befasst sich mit taktischen Lösungsansätzen im Zusammenhang mit dem

Massenanfall von Verletzten (MANV). Neben funktionellen Besonderheiten der eigenen Aufgaben werden Aspekte des Zusammenwirkens mit den ande-



Bei Rettungsaktionen ist die Ablaufsteuerung durch den Einheitsführer wichtig.

ren Beteiligten der Gefahrenabwehr zusammengetragen. In dem Aufbaulehrgang ist der Einsatz von Dozenten anderer Organisationen konzeptionell vorgesehen und hat sich bewährt.

OrgL-Seminar

Dieses Seminar besteht aus nur einem Modul. Voraussetzung zur Teilnahme ist neben mehrjähriger Einsatzfähigkeit als Rettungsassistent die erfolgreiche Teilnahme an der vorhergehenden Führungsausbildung. Inhaltlich ist dieses Seminar so ausgerichtet, dass die Teilnehmer auf der Basis der organisatorisch/rechtlichen Bedingungen am Heimatstandort

und allgemein anerkannter taktischer Grundlagen das Aufgabenspektrum dieser jungen Führungsfunktion kennen lernen und so das nötige Rüstzeug für diese Aufgabe erhalten.

Mein Dank gilt dem Dozententeam und dem Verwaltungsteam für die engagierte und qualifizierte Arbeit. Mein besonderer Dank gilt aber allen ehrenamtlichen Helfern, die als Patientendarsteller, als Helfer in den Standort-Einheiten oder auch als Helfer in der Ablauforganisation dieser Ausbildung die Unterstützung bringen, ohne die "Führen von Einheiten" nicht möglich wäre.

Jürgen Schreiber

*Bundesbeauftragter für die Ausbildung
von Führungskräften in Einheiten des ASB*

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Die Neustrukturierung der Ausbildung im THW

Im Halbrund sitzen sie in einem Lehrsaal und folgen konzentriert den Ausführungen des Dozenten. Fünf Tage lang werden die 20 Lehrgangsteilnehmer in Theorie und Praxis das Wissen vermittelt bekommen, das sie für eine verantwortungsvolle Ausübung ihrer Funktion in einem THW-Ortsverband benötigen. Dazu verteilt der Ausbilder stapelweise Kopien, arbeitet mit einem Tageslichtprojektor und setzt zusätzlich auf die Wirkung der althergebrachten Tafel. Das war früher der Weg, mit dem Jahrzehnte lang in der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) das Know-how der Einsatzkräfte ausgebaut und auf den neuesten Stand der Technik gebracht wurde.

Jetzt hat beim THW ein neues Kapitel in der Schulung ehrenamtlicher wie hauptamtlicher Mitar-

beiter begonnen. Mit dem „Ausbildungskonzept 2004“ setzt die Behörde nun verstärkt auf die Möglichkeiten, die sich durch eine flexiblere Kombination der einzelnen Ausbildungsmodule, E-Learning und die intensivere Einbindung von Erfahrungen aus dem Berufsleben ergeben. Der starre Präsenzunterricht von Montagmorgen bis Freitagmittag an einem der beiden Standorte der THW-Bundesschule wird zukünftig durch eine Reihe anderer Modelle in der Ausbildung ergänzt beziehungsweise teilweise ersetzt.

Eine Projektgruppe, die sich aus erfahrenen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern des THW zusammensetzt, hat auch die Struktur der Grundausbildung für angehende Helfer überarbeitet. Unter dem Namen „Basisausbildung I“ (Basis I) wurden vor allem Änderungen bei den Lernabschnitten und Lehrinhalten vorgenommen. Neue Elemente sind außerdem in der Fachausbildung auf Standortebene enthalten: Sie wird nun als Basis II und Basis III in den Ortsverbänden (OV) und Geschäftsführerbereichen des THW durchgeführt. Unter der Federführung der Landesverbände finden Fortbildungen statt sowie besondere Ausbildungen, die sich aus den sehr speziellen Anforderungen am Standort ergeben; sie werden in vielen Fällen durch externe Anbieter durchgeführt.

Bisher war die Ausbildung beim THW an starren Curricula ausgerichtet. Darin wurden detailliert die einzelnen Stufen und der zeitliche Rahmen für die Schulung der Helfer und Führungskräfte vorgeschrieben. Einen großen Umfang nahm dabei auch die Teilnahme an den Lehrgängen der Bundesschulen ein. Seit die Neukonzeption umgesetzt wird, wurden diese Curricula von Themenplänen abgelöst. In den jeweiligen Themenplänen wird nun nur noch das Lernziel beschrieben, das erreicht werden soll. Das versetzt sowohl die Ausbilder auf Ortsverbandsebene als auch die Lehrkräfte der Bundesschule in die Lage, sich noch mehr am Wissensstand der Teilnehmer ihres Kurses zu orientieren. So können zudem entsprechende Schwerpunkte bei der Behandlung der einzelnen Themen ausgewählt werden.

Im Zuge dieser Änderung wurde auch der Einsatz neuer Methoden bei der Wissensvermittlung ermöglicht. Unter anderem setzt das THW in diesem Bereich auf virtuelle und dezentrale Formen und Wege bei der Weiterbildung. Dazu wurde die örtlich-regionale Ausbildung mit den Angeboten der THW-Schulen eng verzahnt. So ist neuerdings schon



nach Abschluss der Basis I der Einstieg in die Ausbildung an einer der Bundesschulen zum Ausbilder oder zur Führungskraft möglich. Bisher musste dafür eine abgeschlossene Fachausbildung (vergleichbar mit der heutigen Basis II) vorgewiesen werden.

Im Unterschied zu früher, als die Ausbildung im Technischen Hilfswerk einseitig auf die Erfordernisse im Zivil- und Katastrophenschutz ausgerichtet war, wird neuerdings die mehrfache Nutzung des Wissens durch die ehrenamtlichen Helfer gezielt gefördert. So ist der Wissenstransfer aus der beruflichen Ausbildung für die Arbeit im THW wie auch der Einsatz von THW-Know-How im Berufs- oder Privatleben ausdrücklich erwünscht. Dazu wurden alle Lehrgänge daraufhin überprüft, welche Vorteile der Helfer daraus für seine berufliche Tätigkeit ziehen kann, und ob für einzelne Fortbildungsmaßnahmen Zertifikate verliehen werden können, die von den Arbeitgebern anerkannt werden. Außerdem wurden Lernangebote geschaffen, um Helfer auf die Zusammenarbeit im europäischen Rahmen (Stichwort EU-Gemeinschaftsverfahren) vorzubereiten. Da aber Kooperation und Teamarbeit nicht nur auf europäischer Ebene gefragte Fähigkeiten sind, sind auch bei den Prüfungen für die einzelnen Abschnitte der Basisausbildung entsprechende Änderungen vorgenommen worden: Die bisher rein selektive Wissenskontrolle wird jetzt durch eine Kombination aus Wissens- und Teamprüfungen ersetzt.

Wie kann der Ausbildungsbedarf im THW unter Berücksichtigung der gegebenen Zielsetzungen und der Rahmenbedingungen von wem und wo am effektivsten und am wirtschaftlichsten abgedeckt werden? Das war die Generalfrage, mit der die Mitglieder der Projektgruppe für das Ausbildungsneukonzept an die Überarbeitung der bisherigen Vorschriften, Curricula und Lehrmethoden herangingen. Im Folgenden sollen alle diese Änderungen im Detail geschildert werden:

Um bei jedem ehrenamtlichen Helfer im THW auf den gleichen Grundlagen aufbauen zu können, steht am Anfang immer die Basisausbildung I. Sie wird mit einem theoretischen und praktischen Unterricht mit praxisorientierten Themen inklusive der Ersten Hilfe Ausbildung nach sechs Monaten durch eine Prüfung abgeschlossen. Bei der Durchführung der Basis I haben sich in der Vergangenheit drei Ausbildungssysteme bewährt: die Ausbildung am Standort auf Ebene der Ortsverbände, die zentrale Ausbil-

dung durch den Zusammenschluss mehrerer Ortsverbände und die überörtliche Ausbildungsorganisation, bei der alle Ortsverbände eines Geschäftsbereiches ein Ausbildungsteam bilden, daraus haben sich binnen eines Jahres, so zeigen die ersten Erfahrungen, in vielen Regionen sehr lebendige Ausbildungsverbände entwickelt, die jetzt ihre Ausbildung zentral durchführen. Dass sich hieraus sehr viele Vorteile ergeben, erleben diese Teams jetzt mit jeder Ausbildung.



Das THW setzt verstärkt auf die Möglichkeiten, die sich durch eine flexiblere Kombination der einzelnen Ausbildungsmodulare ergeben. (Foto: THW)

Da sich im Laufe der Zeit auch die Anforderungen an die Einsatzkräfte geändert haben, wurde eine Anpassung bei den Lernabschnitten der Basis I notwendig. So wurden die Themen „Umgang mit Stress und Tod“, „Führung und Kommunikation/Einsatzvor- und -nachbereitung“ sowie „THW und Arbeitgeber“ neu aufgenommen oder unter anderem die Bereiche „Grundlagen der Rettung und Bergung“, „Hochwasserschutz“, „Ausleuchten von Einsatzstellen und Verkehrswegen“ überarbeitet.

Gleichzeitig wurden einige Lehrinhalte zusammengefasst, so dass die Zeiten „um“ die Ausbildung gekürzt wurden, ohne dabei Inhalte zu schmälern. Außerdem wurde die grafische Darstellung der Lernkapitel so gestaltet, dass sie mittels Laptop und Beamer präsentiert werden können.

Besonderer Wert wurde dabei auf eine aussagekräftige Illustration mit vielen Detailbildern gelegt. Neu in der Basis I ist ebenfalls, dass die angehenden Helfer neben einer theoretischen und praktischen Einzelprüfung auch eine vordefinierte Übung absolvieren müssen, in der sie in ihrer Teamfähigkeit und in ihrer praktischen Arbeit beurteilt werden.

Mit einer definierten Übung soll gleichfalls in Zukunft das Erreichen des erforderlichen Fachwissens und der nötigen praktischen Kenntnisse im Bereich der Basisausbildung II geprüft werden. Im Rahmen der Basis II werden die Helfer für die Wahrnehmung ihrer spezifischen Funktionen in ihrer Teileinheit (OV-Stab, Zugtrupp, Bergungsgruppe oder Fachgruppe) ausgebildet.

Da im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des THW zum Einsatz-Komponentenmodell neue Fachgruppen geschaffen wurden, müssen neue Themenpläne ausgearbeitet werden. Denn auch die Spezialisten in den Fachgruppen Beleuchtung und Sprengen müssen angemessen für die Aufgaben in ihrem Einsatzbereich geschult werden. Generell wird die Durchführung dieser Ausbildung in Zusammenarbeit zwischen den Ortsverbänden und den Geschäftsstellen geregelt, die Verantwortung liegt bei den Ortsverbänden. Für Fachgruppen, die nicht flächendeckend vorhanden sind, wird die Ausbildung über die Geschäftsstellen koordiniert. Außerdem werden an den Bundesschulen und bei den Landesverbänden Kompetenz-Center für die einzelnen Fachgebiete aufgebaut. Viel stärker als früher werden zukünftig berufliche Qualifikationen im Rahmen der Basis II anerkannt. So müssen Helfer, die das entsprechende Wissen aus ihrem Beruf mitbringen, nicht mehr das gesamte Ausbildungsprogramm absolvieren, sondern nur noch eventuell vorhandene Lücken schließen.

Individuell, wie die Anforderungen, die die örtliche Gefahrenabwehr am Standort des einzelnen Ortsverbandes betreffen, orientiert sich auch der Ausbildungsbedarf der Führungskräfte und Helfer mit speziellen Funktionen in der Basisausbildung III (auch als Einsatzausbildung bezeichnet).

Besonders die Unterweisung in technische Spezialausstattung, die Vertiefung von Themen aus der Basis II und fachliche, technische und kommunikative Schulung für spezielle Einsatzaufgaben werden durch die Basis III abgedeckt. Beispielsweise die Kraftfahreraus- und -fortbildung, Auslandsvorbereitung, Hygiene für Einsatzkräfte, ABC-Schulung,

Fortbildung für Jugendbetreuer oder Workshops zählen zu den aktuellen Themen in diesem Bereich der Ausbildung. Die Organisation und Durchführung der Basis III erfolgt durch örtliche Ausbilder beziehungsweise in Absprache mit den Landesverbänden, die dann die Federführung übernehmen, durch freie Spezialisten oder durch Dozenten der Bundesschulen. Die modulare Gestaltung der Basisausbildung III ermöglicht es problemlos, beim Wechsel eines Helfers in eine neue Funktion, einzelne Bausteine der bereits absolvierten Ausbildung zu übertragen.

Die Fort- und Weiterbildung an den Schulen des THW gliedert sich in Wahl- und Pflichtmodule. Entsprechend der Anforderungen an ihre Funktion stellen sich die ehrenamtlichen Helfer und die hauptamtlichen Mitarbeiter die Module ihrer Ausbildung selbst zusammen. So sind für einen Ortsbeauftragten (OB) zum Beispiel die Module „OB im THW“, „Helferrecht“, „Haushalt“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Grundlagen im Helferverwaltungsprogramm (THWin)“ verpflichtend, während zusätzliche Kurse, in denen einzelne Bereiche von THWin vertieft werden, optional belegt werden können.

Damit sich jeder Helfer individuell die Elemente für seine Ausbildung auswählen kann, steht auf der Homepage der Bundesschulen ein Lernzielkatalog zur Verfügung. Dort können – unterteilt in zehn Hauptrubriken – die einzelnen Module ausgewählt, zusammengestellt und die dazugehörigen Themenpläne aufgerufen werden. Eine deutliche Ausweitung haben darüber hinaus die Kapazitäten in der Ausbildung von Jugendgruppen der THW-Jugend an den Bundesschulen erfahren.

Neben der Einführung eines modularen Prinzips in der schulischen Ausbildung wurden auch die Wege, auf denen die Lehrinhalte vermittelt werden, flexibler gestaltet. Zwar bleibt der Präsenzunterricht weiterhin bestehen, doch wurden einige Module zeitlich auf zwei bis drei Tage begrenzt und das Ausbildungsprogramm um Lehrangebote in den Abendstunden und am Wochenende erweitert. Mit der Aufnahme von Fernunterricht und E-Learning – inklusive der Betreuung durch Tutorien – in das Lehrrepertoire der Schulen wurde besonders die mehrfache Belastung der ehrenamtlichen Helfer durch Beruf, familiäres Umfeld und ihre verantwortungsvolle Aufgabe im THW berücksichtigt und für sie die Möglichkeit geschaffen, sich individuell die Lehrinhalte zu erarbeiten. Durch diese strukturellen Änderungen

ist die Ausbildung z.B. zum Zugführeranwärter schon mit einer Präsenzzeit an den Schulen von drei Wochen anstatt wie bisher von sechs zu absolvieren.

Mit dem EU-Gemeinschaftsverfahren und den daraus für das THW entstehenden Einsatzoptionen stellen sich auch an die Ausbildung neue Forderungen. So müssen Helfer, die hier zum Einsatz kommen sollen, selbstverständlich mit der englischen Sprache umgehen können und diese auch in einem THW-spezifischen Umfeld anwenden können. Daneben müssen aber auch die Kenntnisse, die in einem Auslandseinsatz unerlässlich sind, vermittelt werden. Deshalb werden an den Bundesschulen zu diesem Themenkomplex drei verschiedene Lehrgänge für Führungskräfte angeboten, die alle in englischer Sprache gehalten werden.

Da der kontinuierliche Dialog zwischen Helfern, Ausbildern und hauptamtlichen Mitarbeitern im Technischen Hilfswerk die Basis für eine beständige und erfolgreiche Ausbildung ist, kann das „Ausbildungskonzept 2004“ nicht als abgeschlossenes System angesehen werden. Vielmehr sind die zuständigen Fachreferate in der THW-Leitung und die Projektgruppe darauf angewiesen, dass Erfahrungen, Ideen und Verbesserungsvorschläge aus der THW-Praxis an sie weitergeleitet werden, um eine ständige Verbesserung und Fortschreibung des Ausbildungskonzeptes erreichen zu können. Dafür wurde eine e-Mail-Adresse eingerichtet, an die diese Vorschläge gesandt werden können: ausbildungskonzeption2004@thw.de

Michael Kretz

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Helfer in Sri Lanka im Einsatz

Lagezentrum in Bad Nenndorf koordinierte Hilfsmaßnahmen

Als das Fernsehen die ersten erschreckenden Bilder der Flutkatastrophe in Südasien zeigt, die durch das Seebeben im Indischen Ozean vor Sumatra verursacht werden, und langsam klar wird, welche verheerenden Auswirkungen der Tsunami hat, nimmt das DLRG-Lagezentrum seine Tätigkeit in Bad Nenndorf auf. „Für uns als humanitäre Hilfsorganisation ist es selbstverständlich, dass wir in einer solch besonderen Situation unsere qualifizierte Unterstützung auch für das Ausland anbieten“, erklärt Präsident Dr. Klaus Wilkens



Krankenstation in einem Flüchtlingscamp.

das Engagement der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG). Die ersten Helfer fliegen bereits am 28. Dezember nach Colombo auf Sri Lanka. Die

13-köpfige Einsatzgruppe der DLRG Frankfurt/ Oder besteht aus Rettungsassistenten und Sanitätern.

Nach einer ersten Lagesondierung reisen sie weiter nach Weligama, etwa 40 Kilometer östlich von Galle, und nach Tangalla, einer Stadt ca. 100 km östlich von Galle, um den Opfern in der am zweitstärksten von dem verheerenden Tsunami betroffene-



Behandlung eines verletzten Kindes.

nen Region zu helfen. Gemeinsam mit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) errichten sie Basic Camps für Obdachlose, versorgen Verletzte und bringen medizinische Materialien in die Region zwischen Weligama und Matara. Unterstützt werden sie von einer vor Ort ansässigen deutschen Ärztin.

Ausmaß der tatsächlichen Zerstörung unfassbar

Sven Oberländer, Teamleiter der Ortsgruppe Frankfurt/Oder, schildert seine Eindrücke kurz nach seiner Rückkehr: „Das Ausmaß der tatsächlichen Zerstörung ist unfassbar. Alle Häuser in den tiefer liegenden Abschnitten waren zerstört. Busse, Baumstämme und Menschen wurden bis zu drei km weit ins Landesinnere getragen.“ Die Einsatzbedingungen sind hart, viele Brunnen versalzen, verschmutzt oder verseucht. Die Überlebenden der Katastrophe sind bei anderen Familien oder in Sammellagern unterge-

bracht. Die sanitären und hygienischen Bedingungen sind fast überall extrem schlecht. Kommunikation ist kaum möglich: Ein Festnetz war schon vor der Katastrophe kaum ausgebaut, Telefonieren ist zu meist nur nachts möglich.

Während in den arbeitenden Krankenhäusern eine Versorgung mit Medikamenten, medizinischen Produkten und Materialien nahezu vollständig gewährleistet ist, sind die Bedingungen in den Aufanglagern, Tempeln und Versorgungspunkten, insbesondere in den abgelegenen kleinen Lagern teilweise mangelhaft. Gleiches trifft auf die ärztliche und sanitätsdienstliche Versorgung zu.

Am 7. Januar fliegt das zweite Medic Team im Auftrag des DLRG-Präsidiums nach Sri Lanka, um die Arbeit der inzwischen zurückgekehrten Gruppe fortzusetzen, da medizinisches Fachpersonal nach wie vor dringend benötigt wird. Mit an Bord: Über eine halbe Tonne medizinisches Material, das die Chirurgische Universitätsklinik Heidelberg zur Verfügung gestellt hat. Einer der Helfer ist der Arzt Raik Schäfer, der dem Einsatz durchaus mit gemischten Gefühlen entgegen sieht: „Natürlich fragt man sich dann auch mal, inwieweit eine nationale Hilfsorganisation wie die DLRG bei internationalen Krisen helfen kann. Aber ich selbst bin stolz darauf, dass wir uns der humanitären Verpflichtung bewusst sind und uns dieser Aufgabe stellen“, erklärt Schäfer, der seinen Einsatz vorher mit der Familie und seinen Arbeitskollegen besprochen hat: „Die haben alle mitgezogen. Mein Arbeitgeber hat mir hierfür sogar zwei Wochen bezahlten Sonderurlaub gewährt“, so Schäfer weiter.

Untergebracht ist das Team auf der Farm der deutschstämmigen Familie Gerbracht, von der aus ein großer Teil der Hilfsangebote für die Region um Weligama koordiniert wird.

Doch der Einsatz ist für die ehrenamtlichen Helfer keineswegs gefahrlos. Im Norden wurden scharfe Minen durch die Flut überall verteilt und stellen nach wie vor eine große Bedrohung dar, der ruhende Bürgerkrieg hätte jederzeit wieder aufflammen oder ein weiteres Nachbeben die Region treffen können. Auch vor Seuchengefahr wird gewarnt.

Rahmenbedingungen für den Einsatz

Angefordert wurden die Helfer vom srilankischen Gesundheitsministerium in Absprache mit dem vor Ort eingerichteten Koordinierungsbüro,

das auch für die notwendige Logistik und Infrastruktur sorgte. Die DLRG setzte Heinz Seib als Liaison-Officer in Sri Lanka ein, der in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft in Colombo und den örtlichen Ministerien den weiteren Bedarf an DLRG-Helfern ermittelt.

Koordiniert wurden die DLRG-Einsätze dann durch das Lagezentrum in Bad Nenndorf. Es fun-



DLRG-Lagezentrum in der Bundesgeschäftsstelle in Bad Nenndorf. (Fotos: pr.)

gierte als Ansprechpartner der deutschen Ministerien, des Technischen Hilfswerks (THW), des gemeinsamen Melde- und Lagezentrums des Bundes und der Länder (GMLZ) sowie der anderen Hilfsorganisationen. Das Lagezentrum informierte die Landesverbände der DLRG regelmäßig über die Entwicklung der Lage in den betroffenen Gebieten und sorgte auch dafür, dass die Rückkehrer sofort eine psychologische Betreuung durch ein geschultes Kriseninterventionsteam erhielten und von der Presse abgeschirmt wurden, damit sie die Eindrücke zuerst einmal selbst verarbeiten konnten. „Schlaflosigkeit oder das Sehen von immer wiederkehrenden Bildern ist zumindest in der ersten Zeit eine normale Reaktion auf ein unnormales Ereignis“, erklärte Peter Sieman, Referatsleiter Einsatz und Medizin, die möglichen Folgen für die Helfer. Hier sei es wichtig, die Helfer auch nach dem Einsatz zu betreuen und sie mit ihren Sorgen nicht allein zu lassen.

Viele ausgebildete Ärzte und hervorragend qualifizierte Sanitäter meldeten sich in den DLRG-

Landesverbänden oder direkt im Lagezentrum und boten ihre ehrenamtliche Hilfe an. Insgesamt konnten so weitere acht Medic Teams der DLRG zusammengestellt und weitergemeldet werden. Zum Einsatz kamen sie nicht mehr.

hob

Deutscher Feuerwehrverband

Strukturen werden aufgearbeitet

Sie haben Rettungsflüge begleitet, den Weitertransport von verletzten Touristen in Deutschland organisiert und durchgeführt, leisten noch psychosoziale Betreuung für Opfer und Angehörige, unterstützen Einrichtungen des Bundes und sind zum Teil weiter im Katastrophengebiet im Einsatz: Feuerwehrleute haben bei der Flutkatastrophe in Süd-asien vielfältige Hilfe geleistet. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) beginnt jetzt mit der Analyse und Nachbereitung.



Wer hat wann gehandelt, wer hat wo geholfen? Das Einsatzprotokoll des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) dokumentiert die koordinierten Einsatzfähigkeiten deutscher Feuerwehren in den ersten Wochen nach dem Seebeben in Stichpunkten. Berücksichtigt sind alle mit dem Bund abgestimmten Einsätze, soweit sie dem DFV bekannt wurden.

- 26.12. Ein Seebeben im Indischen Ozean löst eine verheerende Flutwelle aus.
- 27.12. Das DFV-Präsidium sondiert Einsatzoptionen.
- 28.12. Die Stabsarbeit wird eingeleitet. DFV-Präsident Kröger und die Vize-Präsidenten Ackermann und Broemme bieten dem

- Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern die Einsatzkräfte der Feuerwehren zur Unterstützung an.
Das KIT-Team der Berufsfeuerwehr Hannover fährt im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach Thailand.
- 29.12. Der Brückenkopf bei der Berufsfeuerwehr Frankfurt a.M. wird aktiviert.
Hessische Notarztteams fahren im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach Thailand.
Ltd. BD Karl-Heinz Frank (Frankfurt/M.) reist als Teilnehmer eines zehnköpfigen Expertenteams der UNDAC (United Nations Disaster Assessment and Coordination) nach Indonesien. Seine Aufgaben sind das Erkunden der Schadenslage in der Region Aceh und das Koordinieren der internationalen Hilfe.
Die nordrhein-westfälischen Feuerwehren entsenden Fachberater in die Operationszentrale des THW in Bonn.
Der DFV unterstützt den Spendenaufruf der Bundesregierung
- 30.12. Die nordrhein-westfälischen Feuerwehren entsenden Fachberater zum Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) und melden gleichzeitig 20 einsatzbereite Erkunder hD/gD.
Die Zahl freiwilliger Meldungen zum Einsatz steigt stetig an.
- 31.12. BOR Karsten reist als Erkunder mit dem THW nach Indonesien
- 01.01. Die nordrhein-westfälischen Feuerwehren stellen nun auch Unterstützungskräfte für NOAH (Koordinierungsstelle für Opfer- und Angehörigenhilfe nach schweren Unglücksfällen und Terroranschlägen im Ausland) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn
- 02.01. Der Brückenkopf in Frankfurt hat mittlerweile 177 Feuerwehrleute für Einsätze gelistet.
Notarztteams begleiten zwei weitere Flüge.
Frankfurter Feuerwehrleute fahren mit einem THW-Team nach Aceh
- 03.01. Ein Fw-Arzt/-Seelsorger aus Schleswig-Holstein reist nach Thailand
- 04.01. Der Brückenkopf meldet nun schon 600 Feuerwehrleute einsatzbereit.
- 07.01. Der Brückenkopf meldet 2000 Feuerwehrleute für Einsätze bereit.
Die ständige Fachberaterpräsenz in OPZ THW endet, die Unterstützungskräfte in GMLZ und bei NOAH bleiben im Einsatz.
- 12.01. BOR Karsten fährt als Erkunder mit dem THW nach Sri Lanka.



Abschlussbesprechung und Pressegespräch am Flughafen Frankfurt am Main mit (v.l.) Ralf Ackermann, Vizepräsident des DFV, Prof. Dr. Lakasch, Ärztlicher Leiter Rettungsdienst der Stadt Frankfurt, Prof. Dr. R. Hoffmann, Unfallchirurg Unfallklinik Frankfurt und Klinikum Offenbach, sowie Herrn Dunke, Organisatorischer Leiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Frankfurt.

„Allen beteiligten Männern und Frauen der Feuerwehren – seien es Ärzte und Rettungsassistenten, Führungskräfte, Notfallseelsorger, Stabsmitarbeiter oder andere Spezialisten – danke ich für ihren Einsatz“, sagte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger. „Darüber hinaus gilt mein Dank den vielen Feuerwehrangehörigen, die sich freiwillig gemeldet haben und nicht in den Einsatz entsandt werden konnten, sowie allen Kameradinnen und Kameraden, die an die humanitären Hilfsorganisationen für die Flutopfer gespendet haben. Diese Solidarität in den Feuerwehren ist wirklich überwältigend!“ betonte der DFV-Präsident.

Bei einer Abfrage über die Länder konnten 2000 Feuerwehrangehörige gelistet werden, die für Missionen in Südasien zur Verfügung standen – wesentlich mehr, als der Bund einsetzen konnte. Es handelt sich dabei um das größte Kontingent, das Deutschlands Feuerwehren je für Auslandseinsätze aufgestellt haben.

Der Deutsche Feuerwehrverband wird die Flutkatastrophe in Südasien zum Anlass nehmen,

die Strukturen für Auslandseinsätze aufzuarbeiten. „Verlässliche Meldewege, schnelle Reaktion, Sicherheit für die Einsatzkräfte sowie unbürokratische und trotzdem geordnete Hilfe müssen dabei im Mittelpunkt unseres Handelns stehen“, so Kröger.

Aus den Erfahrungen des Asieneinsatzes wird der DFV ergebnisoffen und ohne Hast in seinen Gremien erörtern, wo nachgebessert werden muss und was sich bewährt hat. Dabei stehen auch künftige Auslandseinsätze im Fokus, die aufgrund des Schadensszenarios in größerem Umfang als bei der Flutkatastrophe Wissen, Technik und Manpower der Feuerwehren erfordern.

Für die kooperative Zusammenarbeit dankt Feuerwehr-Präsident Kröger insbesondere der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), dem Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum sowie dem Brückenkopf für Auslandseinsätze bei der Branddirektion Frankfurt am Main. Die Feuerwehren haben ihre ständige Präsenz in der THW-Operationszentrale beendet, können bei Bedarf aber jederzeit wieder Fachberater stellen und neue Einsatzkräfte zur Unterstützung von Bundesmissionen zur Verfügung stellen.

DFV

Deutsches
Rotes Kreuz

Ein Tag für Südasien

Die bundesweite Rotkreuz-Sammelaktion „Ein Tag für Südasien“ am 8. Januar hat 1.828.224 Euro für die Opfer der Tsunami-Katastrophe eingebracht. Mehr als 10.000 ehrenamtliche Helfer des Roten Kreuzes sammelten in über 700 Orten Deutschlands und informierten über die Hilfsaktionen in Südasien und die Verwendung der Spendengelder. Unterstützt wurden die Ehrenamtlichen dabei von

zahlreichen Prominenten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

„Hätten Sie mal einen Euro für die Südasienhilfe des Roten Kreuzes, bitte?“ – dieser Satz kam Rotkreuz-Botschafterin Maybrit Illner bei ihrem Spendeneinsatz auf Berlins Pracht-Boulevard Unter den Linden leicht über die Lippen. Ein charmantes Lächeln war ihr Dank, wenn dann Münzen oder Geldscheine in die Sammeldose fielen.

Gabriele Inaara Begum, Ehefrau des Ismaeliten-Oberhauptes Aga Khan, und DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters machten auch vor den überraschten Gästen eines Straßencafés nicht Halt. Mit einem Lachen öffneten die Passanten rund um das Brandenburger Tor für Finanzminister Hans Eichel, der sich mit Rotkreuzbotschafterin Jette Joop auf Sammel-Tour befand, ihre Portemonnaies. Und sie



Mehr als 10.000 ehrenamtliche Helfer des Roten Kreuzes sammelten in über 700 Orten Deutschlands.

waren nicht alleine: Mit Verbraucherschutzministerin Renate Künast, Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, Justizministerin Brigitte Zypries, Verkehrsminister Manfred Stolpe und Umweltminister Jürgen Trittin war fast das halbe Bundeskabinett im DRK-Spendensammeleinsatz.

Gleich um die Ecke, auf Berlins Einkaufsmeile Friedrichstraße, ließen der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der Regierende Bürgermeister Klaus

Wowereit, und die Berliner Rotkreuz-Präsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl die Sammeldose kreisen. Der charmante Einsatz der Prominenz führte bei vielen Spendern zu Heiterkeit und offenen Portemonnaies.



Zahlreiche Prominente aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterstützten die ehrenamtlichen DRK-Helfer bei ihrer Aktion. (Fotos: DRK-Bildarchiv, GS)

„Die Hilfsbereitschaft ist phantastisch!“ freute sich TV-Moderatorin Maybrit Illner.

Zuvor hatte sie gespannt die DRK-Spezialisten beobachtet, als sie die Arbeit einer Trinkwasser-Aufbereitungsanlage, einer Suchhundestaffel sowie die Ausrüstung für die Versorgung von Schwerverletzten präsentierten.

DRK

Ansprechpartner in der Ungewissheit

„Ungewissheit über den Verbleib eines lieben Menschen ist genauso schwer zu ertragen wie physisches Leid“ (Leitsatz aus dem Protokoll der 17. Internationalen Rotkreuz-Konferenz 1948 in Stockholm)

DRK-Suchdienst hilft Angehörigen

Die Sorge der Menschen um das Schicksal ihrer vermissten Angehörigen steht bei großen Katastrophen – neben der medizinischen Erstversorgung der Opfer – immer auch im Blickfeld des Rotkreuz-Hilfeleistungssystems. Nachdem deutlich wurde, wie zerstörerisch die Flutwelle in der ganzen Region Südostasien gewesen war, richtete der DRK-Suchdienst ein Bürgertelefon ein und stand den Angehörigen der Opfer in Deutschland unterstützend zur Seite.

Ein verzweifelter Anrufer sucht nach der kompletten Familie seines Bruders, deren letzter bekannter Aufenthalt die thailändische Ferienregion Khao Lak war, seit dem 26.12.2004 gibt es keine Nachricht mehr von ihnen. Ein besorgter Arbeitgeber sucht für eine verletzte Mitarbeiterin, die von Phuket/Thailand nach Deutschland ausgeflogen werden konnte, nach deren Kind und Mann. Und sorgenvolle Eltern, die gerade erfahren haben, dass ihre Tochter gerettet werden konnte, suchen sie nun in allen Krankenhäusern der Region.

Zwischen Verzweiflung, Hoffnung und Schock – mit diesen schwankenden Emotionen der Menschen, deren Familien, Freunde oder Bekannte sich in den Katastrophengebieten aufhielten, werden die Mitarbeiter des Suchdienstes konfrontiert. Das DRK stand den Verzweifelten als humanitärer Ansprechpartner zur Seite – denn die Ungewissheit über Wohl und Wehe von lieben Menschen ist quälend.

Bereits am ersten Tag nach der Flutkatastrophe wurde daher im Generalsekretariat entschieden, beim Suchdienst in München ein Bürgertelefon einzurichten. 25 hauptamtliche Mitarbeiter, die zum Teil ihre Weihnachtsferien abbrachen, besetzten in mehreren Schichten die Telefone. Sie wurden unterstützt von elf besonders qualifizierten ehrenamtlichen Mitarbeitern der Kreisauskunftsbüros aus Dachau, Fürstenfeldbruck und München, die ohne zu zögern bereit waren, ihren Kollegen bei der Aufnahme von Suchanträgen zu helfen. Eine derartige

Zusammenarbeit hatte sich bereits bei den Suchdienstarbeiten während des Kosovo-Konfliktes 1999 bestens bewährt.

Von Anfang an bestand ein enger Kontakt und Austausch mit dem Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes, das die Koordinierung der Suche nach den Vermissten übernommen hatte und das mit einer eigenen Hotline arbeitete. Aufgrund der dort auflaufenden großen Anzahl der Anrufe wurde das zusätzliche Angebot des Suchdienstes gerne wahrgenommen. Innerhalb von zehn Tagen konnten in München rund 3.600 Anrufe bewältigt werden, mit über 960 zu klärenden Suchanfragen.

Für die Angehörigen von Individualtouristen ist es in solchen Situationen noch ungleich schwerer die Vermissten aufzuspüren: Sie können nicht auf die Infrastruktur von großen Reiseveranstaltern zurückgreifen. Beim Suchdienst fanden sie kompetente Ansprechpartner für ihre Sorgen und Nöte. Hier nahm man sich Zeit für ihre Fragen und informierte sie umfassend über die umfangreichen Hilfen: die Unterstützungsangebote des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (NOAH) und jene des Berufsverbandes deutscher Psychologinnen und Psychologen und anderer Organisationen. Aber auch Fragen nach der Rückführung der Toten und nach Überbrückungshilfen finanzieller Art konnten geklärt werden.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Hilfsangebote der Anrufer wie der Einsatz als Freiwilliger oder Sach- und Geldspenden beantwortet. Wegen des großen Interesses der Bevölkerung an den DRK-Hilfsaktionen wurde durch Mitarbeiter des Generalsekretariats in Berlin ein weiteres Bürgertelefon eingerichtet, bei dem bis dato weit über 1.000 Anrufe entgegengenommen wurden.

Die persönlichen Daten der Betroffenen werden aufgenommen und gemäß den Vorgaben des Suchdienstnetzwerks der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung aufbereitet. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) aktivierte zeitgleich seine englischsprachige Such- und Kontaktdatenbank im Internet (www.familylinks.icrc.org), die weltweit tausende von Menschen nutzten.

An unzähligen Hausmauern und Stellwänden hängten die Angehörigen selbst gefertigte Suchplakate auf, mit Bild und Beschreibung ihrer Lieben. Krankenhäuser veröffentlichten die Listen der verletzten Personen in den Medien und im Internet.

Viele Privatinitiativen starten eigene Datenbanken und bieten Foren an, in denen Betroffene sich austauschen können. Beim Suchdienst werden Informationen über diese Recherchemöglichkeiten gesammelt und bei Bedarf an die Anrufer weitergeleitet.

Bei Redaktionsschluss konnten noch keine gesicherten Aussagen über die endgültige Zahl der Vermissten gemacht werden. Täglich melden sich noch viele Menschen aus dem Urlaub zurück, es kommen



Innerhalb von zehn Tagen hatte der Suchdienst 3600 Anrufe zu bewältigen.
(Foto: Catherina Hess)

Abgleichsmeldungen aus dem Auswärtigen Amt oder Informationen des IKRK, die die Situation immer wieder verändern. Neben den vielen vermissten Deutschen werden zunehmend auch Anfragen zu ausländischen Familienangehörigen gestellt. Die Bearbeitung dieser Suchanliegen über das Internationale Rote Kreuz wird noch viel Zeit in Anspruch nehmen. Am Ende dieses auch für die DRK-Mitarbeiter sehr emotionalen und zum Teil belastenden Klärungsprozesses wird hoffentlich wieder vielen Menschen Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen gegeben werden können.

Christian Hörl

Johanniter-Unfall-Hilfe

Zusammenarbeit zum Wohle der Flutopfer

Johanniter kooperieren auf Sumatra eng mit anderen Hilfsorganisationen

Jeden Tag um 4:45 Uhr ruft der Imam zum Gebet. Neni und Darwis beten, neben ihnen das Baby, das auf der Flucht geboren wurde. 650 Kilometer entfernt von ihrer Heimat fanden sie im Haus von Nadia Mutyara eine Bleibe. Ihre eigene zerstörte der Tsunami. Seither sitzt die Angst vor einer neuen Flutwelle so tief, dass beide nur eines wollen: weit weg sein von ihrer Stadt, von Banda Aceh, im nördlichsten Zipfel von Sumatra.

Nadia Mutyaras Familie hat die jungen Leute und andere Flüchtlinge vom Flughafen abgeholt. Jeden Tag sind Nadias Mann und andere Familien



Lebensmittel und suchten für sie ein Dach über dem Kopf. Nadias Familie nahm 23 Flüchtlinge in ihrem Haus auf, im Wohnzimmer und in zwei Zel-



Zeichen der Hoffnung: Das Baby wurde auf der Flucht geboren.

ten im Garten. Bei den Mutyaras wie in anderen Notunterkünften der Stadt können die Flüchtlinge selbst kochen. Reihum ist jede Familie einmal an der Reihe. Die Lebensmittel steuert Nadias Familie selbst bei, ein Teil kommt von anderen Hilfsorganisationen.

Menschen aus ganz Indonesien sind täglich im Einsatz für die Opfer aus der Provinz Aceh, unter ihnen die 30 jungen Leute, die für das Umladen der Hilfsgüter auf dem Flughafen in Banda Aceh zuständig sind. Fast das gesamte Bodenpersonal kam durch den Tsunami ums Leben. Nun sind sie es, die die Flugzeuge mit den Hilfsgütern von Aktion „Deutschland Hilft“ ausladen, unter anderem eine Ambulanz der Johanniter sowie Medikamente und Sanitäts-

material. Die Medizin wird mit dem Unimog des Technischen Hilfswerkes (THW) abgeholt. Die ein-



Gemeinsam anpacken: Einheimische Helfer zusammen mit Mitarbeitern von JUH und THW beim Entladen der Hilfsgüter. (Foto: Stefan Trappe / JUH)

aus der Zwei-Millionen-Stadt Medan dorthin gefahren, brachten den erschöpften Neuankömmlingen

heimische Nichtregierungsorganisation, der die Johanniter das Material übergaben, konnte so schnell keinen Transport organisieren. Das THW half sofort aus, stellte Fahrer und Fahrzeug. Ähnlich gut kooperieren die Johanniter mit Care auf der westlich von Sumatra gelegenen Insel Simeulue. 22.000 Menschen sind auf dem kleinen Eiland obdachlos geworden. Die Küste liegt nur 42 Kilometer vom Epizentrum entfernt. Die Johanniter organisierten den Inselbewohnern im Januar 2000 Familienzelte, 34 Schulzelte und 10.000 Moskitonetze. 14.000 Menschen fanden so ein provisorisches Zuhause. Care übernahm die Verteilung vor Ort.

Auf der Nachbarinsel Nias kooperieren die Johanniter mit den Hilfsorganisationen Help und Surf Aid. Sie brachten für 6500 Menschen Tetanus- und Masern-Impfstoff auf die Insel. Surf Aid führte die Impfungen durch. Mit Help ist der Wiederaufbau von Häusern geplant. Zugleich beginnt hier die über die kurzfristige Nothilfe hinausgehende langfristige Zusammenarbeit.



Nicht zuletzt dank der gut funktionierenden Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen untereinander und mit einheimischen Helfern können diesen Kindern in Banda Aceh Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden.

(Foto: Regina Villavicencio / JUH)

Die Menschen sind sehr dankbar für die Hilfe aus aller Welt. Und sie sind bescheiden. Sie zählen nicht eine lange Liste von Dingen auf, die sie gern hätten. Sie beschränken sich auf das Allernotwendigste und sie wollen vor allem eins: Nicht betteln müssen, sondern eine Starthilfe, damit sie bald selbst wieder für ihren Lebensunterhalt sorgen kön-

nen. Das will auch die junge Familie mit dem Baby. Daraufhin orientieren sich auch die Langzeitprojekte der Johanniter.

Regina Villavicencio

Malteser Hilfsdienst

Ganzheitliche Hilfe der Malteser für die deutschen Opfer des Seebebens

4. Januar, 6:00 Uhr am Köln-Bonner Flughafen. Mit 10 Grad ist es eigentlich zu warm für die Jahreszeit. Und doch eher kühl für die Urlaubsheimkehrer, die gleich mit dem „MedEvac“-Spezialflugzeug der Bundeswehr landen werden. Sie kommen aus dem sommerlich warmen Thailand. Aber sie haben mit mehr zu kämpfen als mit dem Temperaturschock.



Malteser

Am Morgen des zweiten Weihnachtstags hat sie aus dem Nichts die Flutwelle erfasst, gegen Steine, Bäume, Zäune, Wände, Dächer, zerborstene Glasfenster geschleudert – und viele von ihnen bis heute nicht losgelassen. Denn die körperlichen Verletzungen – „Stone washed“ sagen die Mediziner zu diesen Prellungen, Schürfungen, Brüchen von Kopf bis Fuß – sind nur die eine Seite. Mindestens ebenso schwer sind sie von den Erlebnissen dieser Minuten gezeichnet, in denen es ums nackte Überleben ging. Neben der medizinischen Versorgung brauchen sie auch menschliche Wärme.

Psychosoziale Unterstützung

Auf Bitte der vom Auswärtigen Amt beauftragten Koordinierungsstelle NOAH (Koordinierungsstelle für Opfer- und Angehörigenhilfe nach schweren Unglücksfällen und Terroranschlägen im

Ausland) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sorgen die Malteser daher auch bei diesem dritten Flug des „MedEvac“ für die Betreuung und die psychosoziale Unterstützung (PSU) der heimkehrenden Patienten. Um 8:00 Uhr kommt der zum fliegenden Krankenhaus umgerüstete Airbus A 310 der Bundeswehr mit 45 Patienten dann endlich auf dem militärischen Teil des Köln/Bonner Flughafens an. 34 Mitarbeiter der Malteser,



Axel Warstat (l.) und Michael Palm (Malteser Hilfsdienst Bad-Honnef) im Gespräch mit Bundespräsident Horst Köhler.
(Foto: MHD)

darunter speziell geschultes medizinisches Personal, Psychologen und Notfallseelsorger, sind im Einsatz.

„Für die PSU gilt wieder die Passiv-Variante“, hatte Sören Petry, Bundeskoordinator der Malteser für Psychosoziale Unterstützung, schon bei der Vorbesprechung in der Wartehalle als Direktive ausgegeben: Die Helfer drängen sich nicht auf, sondern stehen bereit, angesprochen zu werden. Nur zurückhaltend gehen sie da, wo es erforderlich ist, auf die Patienten zu. Der Ehepartner des einen ist tot, der des anderen vermisst, so dass quälende Ungewissheit bleibt. Ein Psychologe erzählt von einem Mann, der mit dem vorigen Flug des „MedEvac“ ankam, in der Flut zwei Kinder retten konnte, es aber bei einem dritten nicht mehr schaffte und sich nun schuldig fühlt. Immer wieder kommen ungewollt die Schre-

ckensbilder der Schlammflut hoch, Schlaflosigkeit stellt sich ein, Trauer macht sich als Grundstimmung breit.

„Endlich einer, der normal spricht“

Patienten mit starken psychischen Verletzungen können meist schon während des 15-stündigen Fluges identifiziert werden, berichtet Sören Petry. Einige müssen sogar stationär psychiatrisch behandelt werden. Andere, diesmal sind es zwei, werden bei ihrem aufgrund der körperlichen Verletzungen erforderlichen Transport in ein Krankenhaus von PSU-Experten begleitet.

Axel Warstat, seit neun Jahren ehrenamtlich bei den Kölner Maltesern engagiert, ist schon das dritte Mal dabei. Zuerst am Silvesterabend, da waren Rückkehrer zu betreuen, die aus Thailand in Brüssel angekommen waren und mit dem Bus nach Köln geholt wurden. Dann leitet er bei zwei „MedEvac“-Einsätzen eine Betreuungskomponente. „Die Leute suchen sich

Gesprächspartner selbst“, berichtet der 22-Jährige. „Ich habe Heimkehrer zum Bahnhof oder in Hotels gebracht. Ein paar Kölner Sehenswürdigkeiten gezeigt, wie man das bei normalen Bekannten macht. Ein Mann, dessen Freundin als vermisst galt, fand das gut. Endlich einer, der normal spricht, meinte er.“ Und Warstat fügt lächelnd hinzu: „Die Kölsche Art eben“.

Integratives Betreuungskonzept

Insgesamt haben die Malteser mehr als 150 Heimkehrer und deren Angehörige aus dem Krisengebiet betreut. „Wir können, wie hier geschehen, eine umfassende Betreuung und Versorgung von Notfallopfern anbieten“, erläutert Benedikt Liefländer, Einsatzleiter und Bereichsleiter Notfallvorsorge

im Generalsekretariat des Malteser Hilfsdienstes, das integrative Einsatzkonzept der Hilfsorganisation.

„Als Kernkompetenz haben wir die Fähigkeit entwickelt, psychosoziale Unterstützung, handfeste Betreuungsdienstliche Leistung sowie sanitäts- und rettungsdienstliche Absicherung aus einer Hand anzubieten. Notfallbetroffene wie die zurückkehrenden Flutopfer sind tief in der Seele verletzt“, stellt Liefänder fest. „Als Malteser sehen wir in der Betreuung dieser Patienten in besonderem Maße unser Selbstverständnis verwirklicht“. Erstmals hatten die Malteser dieses ganzheitliche Konzept bei der Betreuung der Opfer des schweren Busunglücks am 20. Dezember 2003 in Belgien eingesetzt.

Der Einsatz der Malteser findet die Würdigung auch der höchsten Stellen. So waren Axel Warstat und andere Malteser am 6. Januar als Repräsentanten des Ehrenamtes in Nordrhein-Westfalen beim Empfang des Ministerpräsidenten für den Bundespräsidenten in Düsseldorf eingeladen. „Was uns Malteser auszeichnet, ist auch jetzt wieder deutlich geworden: Wir sehen den Menschen als Ganzes“, sagt Warstat und fügt hinzu: „Das Treffen mit dem Bundespräsidenten war prima. Es tut gut, wenn er sagt: Machen Sie weiter so!“

Christoph Zeller

Verband der Arbeitsgemeinschaften
der Helfer in den Regieeinheiten/-ein-
richtungen des Katastrophenschutzes
in der Bundesrepublik
Deutschland e.V.

Katastrophenvorsorge in Deutschland verfügt wieder über einen „Leuchtturm“

Als zu Beginn der 90er-Jahre die Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes und die Hilfsorganisationen massive Kritik am Abbau der Ressourcen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz übten, blieb das weitgehend unbeachtet. Erst der 11. September 2001, das Sommerhochwasser 2002 und der weltweite Terrorismus führten zum Umdenken und neuen Strategieoptionen für den Bevölkerungsschutz.

Das sich in seinem Aufgabenzuschnitt von der Vorgängerinstitution deutlich unterscheidende neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat seine Bewährungsprobe inzwischen bestanden. Erfolgreich koordinierte das seit Mai 2004 im Aufbau befindliche Dienstleistungszentrum die nach dem Seebeben in Südostasien notwendige Opfer- und Angehörigenhilfe für von der Katastrophe Betroffene aus und in Deutschland.

Bundesinnenminister Otto Schily bezeichnete den Schutz der Bevölkerung und die Katastrophenhilfe anlässlich der Amtseinführung des Präsidenten des BBK als eine der anspruchsvollsten Aufgaben, die ein moderner Staat zu erfüllen hat. Es gab Zeiten, da galten in Behörden entsprechende Dienstposten eher als Abstellgleis für weniger kompetentes Personal. Nicht so in dem neuen Bundesamt. Mit den Berufungen von Christoph Unger als erstem Präsidenten des BBK und Rudolf Atzbach zum Vizepräsidenten bewies Schily nicht nur eine glückliche Hand, sondern dokumentierte zugleich welchen Stellenwert die Bundesregierung der Aufgabe in Zukunft wieder beimessen wird.

Viele der seit ihrer Gründung von der ARKAT publizierten konzeptionellen Überlegungen zur



Gestaltung des Bevölkerungsschutzes wurden inzwischen von behördlicher Seite aufgegriffen und in strukturelles Handeln umgesetzt. Hervorzuheben ist auch das deutlich erkennbare interdisziplinäre wissenschaftliche Profil der neuen Bundesoberbehörde, das gepaart mit dem Potenzial operativer Erfahrung die Bildung einer innovativen Symbiose verspricht.



Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, und der ARKAT-Bundesvorsitzende Klaus-Dieter Kühn .
(Foto: BBK/Stein)

Das Beben in Südasien hat vor allem deutlich gemacht, dass wir teilweise noch hinter unseren technologischen Möglichkeiten der Katastrophenvorsorge und des nationalen und internationalen Managements von Gefahren- und Opferszenarien dieser Dimension zurück sind. Der Aufbau und die Koordination der internationalen Katastrophenhilfe, zumal in einer völlig zerstörten Infrastruktur, ist logistisch und im Zeitbezug immer noch ein völlig ungelöstes Problem. Auch die deutsche Hilfe kam durch die fehlende Infrastruktur und behördliche Inkompetenz in den Katastrophenregionen zunächst nur schleppend in Gang, verlief vor Ort durch die Konzentration der Kräfte auf besondere Brennpunkte unter Einbeziehung der Bevölkerung dann aber schnell professionell.

Erstmals war auch eine sehr große Zahl von Deutschen in einer entfernt liegenden Weltregion

von einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes betroffen. Anzuregen wäre, Personal von Botschaften und Konsulaten für Aufgaben der Betreuung und Versorgung sowie der Wahrnehmung von Koordinationsfunktionen in Katastrophengebieten besonders auszubilden. Eine Aufgabe, die der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) übertragen werden könnte.

Dem neuen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sei empfohlen, den in seinen jetzigen Strukturen erkennbaren ganzheitlichen Schutzansatz weiter auszubauen. Insbesondere sollte es künftig auch die technologische Komponente des Bevölkerungsschutzes wieder stärker in den Fokus seiner Orientierungen nehmen. Beispielhaft sei im Bereich des Katastrophenmanagements auf den großen Nachholbedarf der Vernetzung durch Systeme der multimedialen Mobilkommunikation hingewiesen.

Der Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helferinnen und Helfer in den Regieeinheiten und -einrichtungen verfügt im Bereich der Führung, Kommunikation und Logistik operativ traditionell über ein großes Wissenspotenzial. Darüber hinaus kann in Kooperation mit dem Schutzforum umfassendes wissenschaftlich-technisches Know-how in die Zusammenarbeit, die wir anbieten, eingebracht werden. Mit dem neuen Bundesamt verfügt der Bevölkerungsschutz in Deutschland wieder über einen „Leuchtturm“, um Orientierung zu geben und Fähigkeiten der verschiedenen Säulen im Sicherheitsbereich im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses zu bündeln und zu vernetzen.

*Klaus-Dieter Kühn
ARKAT-Bundesvorsitzender*

Die Zivilschutz-Hubschrauber des BMI in der Luftrettung

Das ganze Jahr 2004 über waren die Besatzungen an den 16 Luftrettungsstationen mit Zivilschutz-Hubschraubern gefordert. Bei 18.951 geflogenen Einsätzen wurden 10.590 Betroffene primär versorgt; 6.416 Personen wurden mittels Hubschrauber in geeignete Krankenhäuser geflogen. Die Stationen und alle Beteiligten haben mit fast 6.900 Stunden reiner Flugzeit einen hohen Anteil an den Einsätzen der Luftrettung in Deutschland beigetragen.

An den Stationen Christoph 12 (Eutin) und Christoph 34 (Güstrow) werden Hubschrauber vom Typ Bell 212 eingesetzt, die als Besonderheit mit einer Winde ausgestattet sind, die im Laufe des Jahres 2004 elf Mal eingesetzt wurde.

Mit den Hubschraubern BO 105 CBS-5 wird an weiteren 14 Stationen ein bewährtes und zuverlässiges Fluggerät eingesetzt. In den Bergen können von den Standorten Kempten (Christoph 17) und

gebiet zwischen Venlo und Arnhem der jeweils am schnellsten verfügbare Helikopter aus beiden Ländern zum Einsatz kommen.

Christoph 7 (Kassel) und Christoph 8 (Lünen): 30 Jahre Luftrettung

Im Dezember 2004 konnten die beiden Stationen auf jeweils 30 Jahre Luftrettung zurückblicken. In verschiedenen Veranstaltungen mit dem Themenschwerpunkt Luftrettung wurde der Stellenwert des wertvollen Einsatzmittels Hubschrauber deutlich gemacht. Höhepunkt waren die Öffentlichkeitsveranstaltungen in der Orangerie in Kassel und die Leistungsschau mit Beteiligung der örtlichen Hilfsorganisationen am Stadttheater in Lünen. Die Bevölkerung konnte sich direkt an den Hubschraubern umfassend über die Einsatzmöglichkeiten informieren.

Ab April 2005 übernimmt die ADAC Luftrettung mit einem neuen Hubschrauber vom Typ EC 135 den Flugbetrieb an der Station in Lünen. Die Abgabe von weiteren drei Stationen des Bundes bis zum Frühjahr 2006 ist vorgesehen. Damit wird sich das Bundesministerium des Innern auch zukünftig mit der Bereitstellung von Zivilschutz-Hubschraubern für 12 Luftrettungsstationen der Länder beteiligen.

Schröer



Christoph 7 auf dem Dachlandeplatz der Station.
(Foto: Schröer/BBK)

Traunstein (Christoph 14) aus Rettungen mit „Bergetau“ durchgeführt werden. Der Einsatz dieses Rettungsmittel hat sich bei 21 bzw. 27 Einsätzen als notwendig gezeigt. Es wurden 24 Personen damit transportiert.

Christoph 9 in Duisburg kooperiert im Rahmen eines Euregio-Projektes mit dem Traumahelikopter „Lifeline 3“ in Nijmegen/NL. Über die Leitstelle Kleve kann im deutsch-niederländischen Grenz-

Fachkongress „WM 2006“

Vom 24. bis 26. Januar 2005 veranstaltete die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler einen Fachkongress, der sich auch mit der Sicherheit der Fußball-WM 2006 in Deutschland befasste. Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, in seiner Eröffnungsrede (in Auszügen):

„... Es ist mir wichtig, zu Beginn eines Fachkongresses, der sich auch mit der Sicherheit WM 2006 befasst, (...) klar und deutlich zu sagen: Uns liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, die auf eine Gefährdung während der Durchführung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hindeuten. Aber gerade aufgrund unserer Erfahrungen aus dem Jahr 1972 und angesichts der stets latenten Bedrohung durch

das Al Kaida-Netzwerk und andere Terror-Organisationen dürfen wir unsere Augen nicht verschließen. Wir dürfen bei aller Vorfreude auf diese Spiele nicht übersehen, dass Sicherheitsrisiken nicht ausgeschlossen werden können.

Selbstverständlich treffen wir gemeinsam Vor-sorge, um auf Schadensereignisse unterschiedlichster Qualität und Dimension angemessen und effizient



Fritz Rudolf Körper (m.), der ehemalige Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder Manthey (l.) und der Präsident des BBK Unger.

reagieren zu können oder gewaltbereite Personen von den Spielen fern zu halten. Und unsere Planungen berücksichtigen neben den Stadien, den An- und Abfahrtsrouten auch die zahlreichen Rahmenveranstaltungen.

Heute und in den nächsten zwei Tagen werden Sie sich deshalb mit Abläufen und Strukturen befassen, im Sinne einer anlassbezogenen und verantwortungsbewussten Vorsorge für den nicht auszuschließenden Fall eines Katastrophenereignisses. Auf der Grundlage der positiven Erfahrungen anderer Länder bei entsprechenden sportlichen Großereignissen haben wir bereits jetzt deren Erkenntnisse mit in unsere eigenen Vorbereitungen einbezogen. Das gilt für Griechenland mit seinen erfolgreichen Olympischen Spielen im letzten Jahr in Athen genau wie für Portugal mit einer stimmungsvollen Fußballeuropameisterschaft. Von deren Erfahrungen wollen wir lernen. Deshalb freue ich mich, dass Sie morgen Abend aus erster Hand erfahren werden, welche Konzepte Portugal für die Sicherheit der EM umgesetzt hat.

Sie werden während des Fachkongresses Ihre Planungen untereinander diskutieren und tragen damit zu der von der FIFA erwarteten professionellen Sicherheitsvorbereitung bei.“

Gefahrenpotenziale durch Naturkatastrophen – Absicherungskonzepte der Energiewirtschaft

Fernsehbilder berichten täglich über die verschiedensten Naturkatastrophen in aller Welt – die verheerenden Zerstörungen, die der Tsunami in Südostasien verursacht hat, sind trauriges und aktuelles Beispiel.

Auch Deutschland ist in den vergangenen Jahren von Katastrophen nicht verschont geblieben und es gab neben Versorgungsunterbrechungen zum Teil erhebliche Schäden an Anlagen und Einrichtungen der Stromversorger. Neben der Wiederherstellung der Versorgung mussten die beschädigten Anlagen wieder instand gesetzt werden.

Die Referenten der VWEW-Fachtagung „Gefahrenpotenziale durch Naturkatastrophen – Absicherungskonzepte der Energiewirtschaft“ am 2. und 3. März 2005 in Bad Neuenahr-Ahrweiler berichten über ihre praxisnahen Erfahrungen und Erkenntnisse bei den erlebten Katastrophen und die Konsequenzen, die gezogen wurden, um zukünftig besser gerüstet und vorbereitet zu sein. Auch über haftungsrechtliche Fragen, die Versicherbarkeit von Naturgefahren sowie über den Schutz kritischer Infrastrukturen aus Sicht des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe wird informiert.

Die Tagung ist eine Gemeinschaftsveranstaltung mit der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz und richtet sich insbesondere an Mitglieder von Krisenstäben, Verantwortliche für den Katastrophenschutz und Mitarbeiter der Gefahrenabwehr, des Risikomanagements und der Unternehmenskommunikation in Versorgungsunternehmen und Kommunen.

Weitere Informationen: VWEW Energieverlag, Rebstöcker Straße 59, 60326 Frankfurt, Tel. 069/6304-325, Email: as@vwew.de, Internet: www.vwew.de

Fit for Fire Fighting

Von Hermann Schröder (Hrsg.)

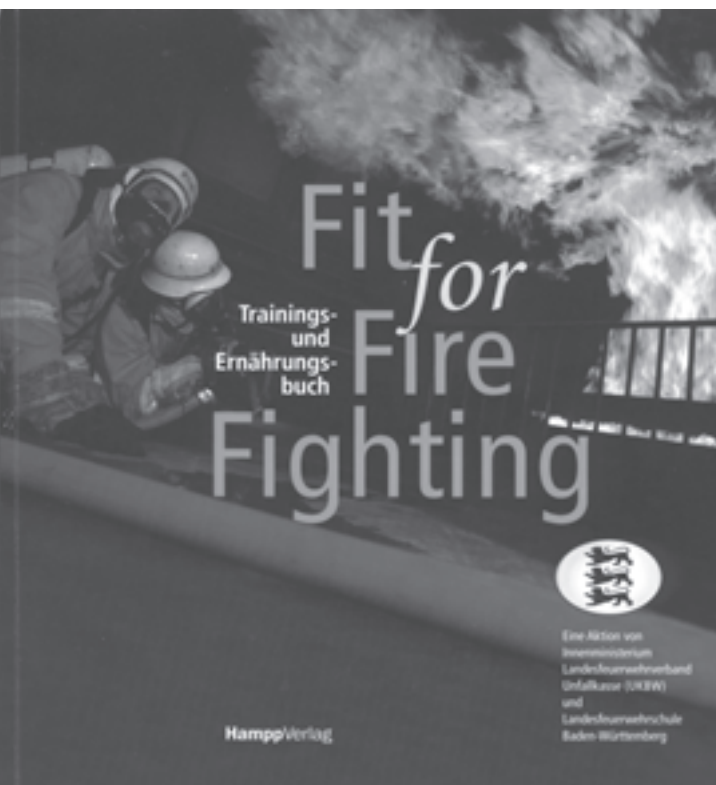
Hampp Media GmbH

Stuttgart, 2004

176 Seiten, mit zahlreichen farbigen Abb., € 9,90

ISBN 3-936682-00-3

Mitte des 19. Jahrhunderts haben die Mitglieder der Turnerfeuerwehren durch den Einsatz ihrer Steiger große Löscherfolge erzielt. Das änderte sich schließlich, als sich Turner und Feuerwehrleute aufgrund der Überbeanspruchung jeweils nur noch einer „Profession“ widmeten.



Wie belastbar Feuerwehrleute heute sind, hat die in Baden-Württemberg durchgeführte STATT-Studie geprüft. Sie hat die Stressfaktoren erfasst, die bei Trägern von Atemschutzgeräten auftreten. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die hohe Herz-Kreislauf-Belastung im Brandeinsatz für nicht oder wenig trainierte Feuerwehrangehörige ein gesundheitliches Risiko darstellt. Genau genommen sind wahrschein-

lich sehr viele Feuerwehrleute den bestehenden Anforderungen nicht gewachsen. Grund genug für das Innenministerium, den Landesfeuerwehrverband, die Unfallkasse und die Landesfeuerwehrschule in Baden-Württemberg, eine gemeinsame Feuerwehr-Fit-Aktion zu starten. Diese ist ein ganzheitlicher, umfassender Ansatz, der Fitness, aber auch dauerhafte Gewichtsabnahme, gewährleistet.

„Fit for Fire Fighting“, das inzwischen erschienene Begleitbuch, nimmt all jene an die Hand, die sich das Trainingsprogramm erschließen wollen. Vordergründiges Ziel ist es, zum Mitmachen anzuregen, ohne die Teilnehmer zu überfordern: Im Bewegungsteil bestimmt jeder zunächst seinen individuellen Bewegungsstatus anhand der täglichen Bewegungsabläufe. Mit geeigneten Sportarten wie Laufen, Walking, Nordic Walking und Radfahren können Nichtsportler ebenso wie Fortgeschrittene fortlaufende Trainingseinheiten absolvieren. Wertvolle Tipps für die Ausrüstung, Technik und Übungen unterstützen dabei, den „inneren Schweinehund“, sollte er sich melden, in die Schranken zu weisen. Kombiniert mit bewusster Ernährung, die durch ausgewogene, fettreduzierte Kost sättigt, ohne hungern zu müssen, sind durchdacht Erfolge zu erreichen.

Eine gelungene Publikation, die nicht nur Leser aus dem Feuerwehrbereich, sondern auch Angehörige und Helfer anderer Organisationen anspricht. Unbeweglichkeit und Gewichtsprobleme sind allgegenwärtig. Lassen Sie sich einfühlsam und locker Impulse geben, etwas für Ihre körperliche Verfassung zu tun. Weitere Informationen sind auf der Homepage „www.fit-for-fire-fighting.de“ zu finden.

Irene Kölbl

Menschen/Personalia

Bundesminister a.D. Rudolf Seiters neuer DRK-Präsident	1/S. 2
Empfang für 800 ehrenamtliche Helfer	1/S. 2
Michael Grobien zum Vorsitzter des Seenotrettungswerks gewählt	3/S. 2

Politik und Gesellschaft

50 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz	1/S. 3
Von der Lufthoheit des Bundesadlers	1/S. 7
Der Berg der Deutschen	1/S. 12

BBK

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	2/S. 3
---	--------

Aus der Praxis

„Bitte folgen“ mit Folgen	1/S. 17
RTH unterstützte Wasserrettung	1/S. 21
„Das Ausmaß der letzten Flutkatastrophen erfordert ein intensives Nachdenken“	1/S. 23
Präklinische Traumaversorgung	1/S. 26
Stabmäßige Einsatzleitung	3/S. 13

Aus- und Weiterbildung

Floriansdorf	1/S. 14
Führungsübung für den operativ-taktischen Bereich	4/S. 15
ABC-Erkundungsübung	4/S. 21

Katastrophenmedizin

Katastrophenmedizin	3/S. 3
---------------------	--------

Kritische Infrastrukturen

Schutz kritischer Infrastrukturen	3/S. 9
-----------------------------------	--------

Notfallvorsorge

7. Europäischer Polizeikongress in Bonn	2/S. 26
Viele Herausforderungen	2/S. 31
Rettung durch Hubschrauber	3/S. 27
Notfallvorsorge, Notfallplanung, Internationale Beziehungen	4/S. 7
Das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz	4/S. 12

Technik und Wissenschaft/ Forschung

Der schwarze Tag von Ypern, Teil 1	1/S. 31
Der schwarze Tag von Ypern, Teil 2	2/S. 19
Zivilschutzforschung	4/S. 2

Krisenmanagement

Das EU-Gemeinschaftsverfahren	2/S. 13
Kommt die nukleare Bedrohung wieder?	3/S. 19
Europaweite Zusammenarbeit	4/S. 31

International

Feuerwehrtag in Polen unter EU-Banner	3/S. 16
---------------------------------------	---------

Arbeiter-Samariter-Bund

Herausforderung für ASB-Schnelleinsatzgruppen	1/S. 38
Hilfsprojekte des ASB in Bosnien-Herzegowina	2/S. 36
ASB fördert den Aufbau von Schulsanitätsdiensten	3/S. 29
Kinder und Jugendliche werden nicht allein gelassen	4/S. 36

Technisches Hilfswerk

THW als humanitärer Botschafter Deutschlands	1/S. 51
---	---------

„Zusammenarbeit mit internationalen Gremien von existenzieller Bedeutung“	2/S. 48
Schnell-Einsatz-Einheit-Wasserversorgung-Ausland: Die Trinkwasserexperten des THW können weltweit eingesetzt werden	3/S. 41
Bereit für die Zukunft: Personalentwicklung in der Behörde THW	4/S. 38

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Hovercraft, Rettungsschlitten und Rettungssteg für den Einsatz auf zugefrorenen Seen	1/S. 40
DLRG begrüßt Einrichtung des neuen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	2/S. 38
Zahl der Ertrinkungsfälle steigt weiter	2/S. 38
549 Menschen vor dem Ertrinken gerettet	3/S. 31
Verregener Sommer lässt Ertrinkungszahlen sinken	4/S. 41

Deutscher Feuerwehrverband

Kinkel und Meiser unterstützen die Feuerwehren	1/S. 42
Mobile Pressestelle ist startklar	1/S. 42
Jahrbuch 2003/04 jetzt erhältlich	1/S. 43
Feuerwehren begrüßen Errichtung des BBK und mahnen Investitionen an	2/S. 40
Erlebnisreiche Sicherheitserziehung im Feuerwehr-Info-Zentrum	2/S. 41
Lücke bei Verletztenversorgung auf See geschlossen	2/S. 41
Digitalfunk-Test bei Feuerwehr-Meisterschaften	3/S. 33
Breitenausbildung im Focus des Forums Brandschutzerziehung 2004	3/S. 34
Vorhersage von Unwettern verbessern - Feuerwehren kooperieren mit DWD	3/S. 35
Berlin im Zeichen der DJF	4/S. 42

Deutsches Rotes Kreuz

Mit sechs Jahren HIV-positiv	1/S. 44
------------------------------	---------

Strippenzieher beim DRK-IV Niedersachsen	2/S. 42
Sudan: Größter Rotkreuz-Einsatz weltweit	3/S. 35
45. Bundesentscheid der Bereitschaften	4/S. 44

Johanniter-Unfall-Hilfe

Auslaufmodell Zivildienst - Johanniter bauen Alternativen auf	1/S. 46
Schnelle Hilfe für Erdbebenopfer im Iran	1/S. 46
Frauen bringen Zug in den Zug	1/S. 47
Die Bundeswehr stärker einbinden	2/S. 43
Johanniter warnen vor Sanitätern ohne Ausbildung	3/S. 37
Mission: Flüchtlingscamp	4/S. 46

Malteser Hilfsdienst

Teewasser für 60.000 Taizéaner	1/S. 48
Zivildienst Diskussion: Malteser für Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten	1/S. 48
Erdbeben im Iran	1/S. 49
Busunglück in Belgien	1/S. 49
Einstellung von Diensten unvermeidlich	2/S. 45
XX. Weltjugendtag 2005 in Köln	2/S. 45
„Die Malteser sind unser großes Hobby!“	3/S. 38
Und wer kümmert sich um die Seele?	4/S. 48

ARKAT

Forschungsaktivitäten zur Geschichte des Zivil- und Katastrophenschutzes	1/S. 50
Bevölkerungsschutz als Staatsaufgabe erfordert ein ganzheitliches Krisen- und Ressourcenmanagement	2/S. 47
Bericht über Sitzung des SKK	3/S. 40
E-Government im Bereich von Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge	4/S. 50

Kulturgutschutz in Deutschland

Der Bremer Marktplatz, Bremen	1/S. 57
St. Jacobi, Hamburg	2/S. 57
Kloster Lorsch, Hessen	3/S. 49
Stralsund, Mecklenburg-Vorpommern	4/S. 57

Termine 2005

2. und 3. März 2005:

Fachtagung „Gefahrenpotenziale durch Naturkatastrophen – Absicherungskonzepte der Energiewirtschaft“
Info: s. S. 52

*

4. bis 6. März 2005:

4. Bayerischer Katastrophenschutz-Kongress
Ort: Weiden/Oberpfalz
Info: www.bvniederbayern.brk.de oder Tel.: +49 941 79603 31 oder: blankermeier@bvndb.brk.de

*

9. und

10. März 2005:

Symposium „Retter in (der) Not“
Ort: Kiel
Info: 040/42851 4585
www.feuerwehrakademie.de

*

10. bis 16. März 2005:

CeBIT
Ort: Hannover

*

21. bis

23. März 2005:

First International Symposium on Geo-information for Disaster Management
Ort: Delft, Niederlande

26. März 2005:

11. First Responder Symposium
Ort: Unterschleißheim
Info: +49 89 37 00 47 59
respondersymposium@web.de

*

4. und 5. April 2005:

Bevölkerungsschutz. Fachkongress mit Messe
Ort: Bonn

*

28. bis

30. April 2005:

RETTmobil Fachmesse und Symposium
Ort: Fulda

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interschutz 2005 Internationale Messe für Rettung, Brand-/Katastrophenschutz und Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interpolice Internationale Fachausstellung für Polizei und Innere Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

11. September 2005:

3. Deutsche Meisterschaften der Feuerwehren im Marathon und

Halbmarathon

Ort: Brechen-Oberbrechen, Kreis Limburg-Weilburg
Info: Jens Bitterer, Schlehenweg 22, 65611 Oberbrechen
Telefon: 0163-5050204
E-Mail: marathon2005@j-bitterer.de

*

13. bis

15. September 2005:

German BioSafety – Forum für Detektion, Persönliche Schutzausrüstung und Dekontamination. Internationaler Fachkongress und Fachausstellung
Ort: Stuttgart, Haus der Wirtschaft
Info: info@german-bio-safety.de oder www.german-biosafety.de

*

13. bis

16. Oktober 2005:

help 2005 Fachmesse für Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
Ort: Offenburg

*

24. bis

27. Oktober 2005:

A+A Weltleitmesse und Kongress für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
Ort: Düsseldorf

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postf 200351, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag: BBK,
Internet:
http://www.bbk.bund.de
E-Mail:
redaktion@bbk.bund.de

Erscheint im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredaktion:
Alexander Krapf
Telefon 01888-550-354
Redaktion:
Nikolaus Stein
Tel.: 01888-550-362
Rainer Schramm
Tel.: 01888-550-365

Fax 01888-550-436

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Moeker Merkur Druck GmbH
Niehler Gürtel 102
50733 Köln
Postf. 600569, 50685 Köln
Tel.: 0221-74908-0
Fax: 0221-74908-18

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90
Abonnement jährlich € 7,50
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Heute: Goslar, Niedersachsen



Die Geschichte Goslars ist eng mit dem Erzbergbau verbunden, dessen Anfänge im Harz 3000 Jahre zurückliegen. Mit der Intensivierung des Kupferabbaus am Rammelsberg im 10. Jh. entsteht aus einer kleinen Siedlung die Stadt Goslar.

Unter der Regentschaft der Ottonen und Salier wird Goslar zu einem der Wirtschafts- und Machtzentren des Reiches; bis 1219 finden 23 Reichstage hier statt, die Kaiserpfalz ist die größte und bedeutendste der Salierzeit. Ende des 13. Jh. wird Goslar Freie Reichsstadt und Mitglied der Hanse.

Nach einer kurzen Zeit des Niedergangs erlebt der Erzbergbau seit 1460 eine neue Blütezeit, von der die Stadt zunächst profitieren kann. Das heute noch erhaltene spätmittelalterliche Stadtbild stammt aus dieser Zeit: das Rathaus mit dem Huldigungs-saal, das Gildehaus der Gewandschneider („Kaiserworth“), das Bäcker Gildehaus und der Marktplatz; die ursprünglich romanischen Kirchen werden erweitert und im gotischen Stil neu ausgestattet, die Stadtbe-festigung wird ein letztes Mal verstärkt.

Mit dem Verlust der Bergbaurechte am Ram-melsberg im 16. Jh. setzt ein steter Niedergang Gos-lars ein, der erst 1802 mit der Inbesitznahme der Stadt durch Preußen aufgehalten wird. Die Entde-ckung neuer Erzvorkommen 1859 führt zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der gesamten Region.

Erst 1988 ist das Erzlager am Rammelsberg erschöpft und der Bergbau muss eingestellt werden. Die gesamte Anlage wird zum Museum umgebaut, in dem zehn Jahrhunderte Bergbaugeschichte doku-mentiert werden: Abraumhalden aus dem 10. Jh., der Rathstiefste Stollen (einer der ältesten und am besten erhaltenen Stollen des deutschen Bergbaus, 12. Jh.), das Feuergezähe Gewölbe (ältester gemauer-ter Grubenraum Europas, 13. Jh.), der Maltermeis-terturm (das älteste Tagesgebäude des deutschen Bergbaus, 15. Jh.), der Roeder-Stollen (18./19. Jh.) mit zwei originalen Wasserrädern und Übergangsan-lagen aus den 30er Jahren des 20. Jahrhundert.



Die Kaiserpfalz in Goslar ist einer der bedeutendsten Profanbauten des 11. Jahrhunderts.
(Foto: Thomas Lauterbach)



Mit fast 30 Millionen Tonnen war der Rammelsberg eines der ergiebigsten Kupfer-, Blei- und Zinkerz-lager der Welt.
(Foto: UNESCO Weltkulturerbe Rammelsberg)

Im Dezember 1992 wurden die Altstadt und das Erzbergwerk in die UNESCO-Liste des Welterbes aufgenommen.



Welchen Gefährdungen das Leben auf der Erde ausgesetzt ist, hat die Flutkatastrophe am Indischen Ozean erschreckend vor Augen geführt, aber auch, was schnelle und koordinierte Maßnahmen bewirken können (S. 5 ff.).

Der Bund unterstützt den Bevölkerungsschutz der Länder mit umfangreicher technischer Ausstattung (das Titelfoto entstand im Bestückungslager des BBK in Bonn-Dransdorf, Artikel S.17 ff.).

Auch eine für den Bevölkerungsschutz wichtige Personalie ist offiziell besiegelt: Bundesinnenminister Otto Schily hat am 17. Januar den ersten Präsidenten des BBK, Christoph Unger, mit einem Festakt in sein Amt eingeführt (S. 2 ff.). Das Bild oben zeigt, von links, Präsident Christoph Unger, Bundesinnenminister Otto Schily und Vizepräsident Rudolf L. Atzbach.

(Fotos: BBK)